

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249
Juni 2020

E+Z

D+C

MIGRATION

Gesundheitswesen
in Herkunftsländern
beachten

ENERGIE

Wie reiche Nationen
Afrika am besten
unterstützen können

COVID-19-TAGEBUCH

Bundesminister Gerd
Müller fordert globale
Lösungen



Wasserversorgung und Klimakrise

Monitor

Das neue Buch der Wirtschaftsnobelpreisträger Banerjee und Duflo | Energiecharta-Vertrag ermöglicht Unternehmen Klagen gegen Klimaschutzgesetze | Heutzutage: Flüchtling als Technikexperte in ugandischem Lager | Impressum 4

Debatte

Kommentar zur Abwanderung von Pflegekräften, die in den Herkunftsländern fehlen 8

Tribüne

INTERVIEW MIT HANS-JOCHEN LUHMANN

Doppelstrategie zur Bepreisung von CO₂-Emissionen 9

Schwerpunkt: Wasserversorgung und Klimakrise

KRUPA GE

Während der Dürre 2019 versiegten alle Wasserleitungen im indischen Chennai 13

INTERVIEW MIT M. A. JABBAR

Abwasserbehandlung in Bangladesch: „Für uns zählt jeder Tropfen“ 15

DANIEL NORDMANN, HELMUT LANG UND KATRIN GRONEMEIER

So sollte Zusammenarbeit im Wassersektor Afrikas in Zukunft aussehen 16

INTERVIEW MIT RIAD SULTAN

Defizite der Regierungsführung führen in Mauritius zu Problemen bei der Wasserversorgung 18

KATIE CASHMAN

In Chile herrscht wegen der Klimakrise dramatische Wasserknappheit 20

SUDEH DEHNAVI

Weshalb Wasserholen Aufgabe von Frauen bleibt 22

SARAH JOSEF

Die globale Erwärmung beeinträchtigt die Qualität und Quantität des für Menschen verfügbaren Wassers, prognostiziert ein aktueller UN-Bericht 23

Covid-19-Tagebuch 25



Wasserversorgung und Klimakrise

Knappheit in Indien und Bangladesch

Im Sommer 2019 versiegten alle Wasserleitungen der indischen Megastadt Chennai und Grundwasserbrunnen trockneten aus. Wie der Bundesstaat Tamil Nadu auf die Wasserknappheit reagiert, beschreibt die Journalistin Krupa Ge. Auch in Bangladesch wird die Ressource zunehmend übernutzt. Einige Textilhersteller bereiten ihr Wasser wieder auf, wie M.A. Jabbar von der DBL Group im Interview darlegt. **SEITEN 13, 15**

„Day Zero“ in Afrika verhindern

Die Wasserversorgung ist in vielen Ländern Subsahara-Afrikas in Gefahr. Daniel Nordmann, Helmut Lang und Katrin Gronemeier von der GIZ stellen vier Thesen dazu vor, wie die Entwicklungspolitik in dem Bereich besser werden könnte. In Mauritius sind die Probleme nach Ansicht des Umweltökonom Riad Sultan hausgemacht. Im Interview erklärt er, was politisch schiefläuft. **SEITEN 16, 18**

Privatisiert und ausgetrocknet

Trotz vieler Flüsse und Seen und der Lage am Pazifik wird Wasser in Chile wegen der Klimakrise knapper. Entwicklungs-Gutachterin Katie Cashman schildert die Situation. **SEITE 20**

Geschlechterungleichheit

Wegen ungleicher Einkommenschancen ist Wasserholen in benachteiligten Gemeinschaften die Pflicht von Frauen und Mädchen. Sudeh Dehnavi von der TH Köln erörtert die Folgen. **SEITE 22**

Wir setzen unsere Pandemie-Berichterstattung wie in der vergangenen Ausgabe fort. Der prominenteste Autor ist diesmal auf Seite 28 Gerd Müller, der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er stellt klar, dass globale Probleme auch globale Lösungen erfordern. Eine Übersicht über alle Beiträge finden Sie auf Seite 25.

► Alle Tagebucheinträge sowie weitere Beiträge zum Thema Covid-19 stehen im Sonderdossier „Covid-19-Tagebuch“ auf www.dandc.eu.

Lebenselixier in Gefahr

Mitten in der Coronakrise wurden Indien und Bangladesch am 20. Mai schwer von Zyklon Amphan getroffen. Das Unwetter hinterließ eine Schneise der Zerstörung, mindestens 110 Menschen kamen laut regionalen Zeitungsmeldungen ums Leben, Millionen wurden obdachlos. Experten sagen, der Wirbelsturm war einer der schlimmsten in der Region in den vergangenen 20 Jahren. Viele Menschen waren von der Trinkwasserversorgung abgeschnitten. Die Evakuierungen und Aufräumarbeiten liefen in der Pandemie unter erschwerten Bedingungen, da eine Ausgangssperre und das Abstandsgebot galten. Die Coronavirus-Infektionszahlen nahmen in den beiden Ländern noch zu.

Zyklone kommen im Golf von Bengalen immer wieder vor. Experten gehen aber davon aus, dass die Anzahl und Intensität tropischer Wirbelstürme, die im Indischen Ozean Zyklone, im Atlantik Hurrikane und im Pazifik Taifune heißen, wegen der Klimakrise zunehmen. Der Anstieg der Meeresoberflächentemperatur ist für die Veränderung der Wirbelstürme mitverantwortlich. Auch andere Wetterextreme werden wegen der Klimakrise häufiger oder schlimmer, etwa Hitzewellen, Dürren und Starkniederschläge.

Solche Katastrophen gefährden Menschenleben direkt und indirekt. Stürme zerstören Brunnen und Wasserleitungen. Dürren verringern die Verfügbarkeit von Trinkwasser. Betroffen sind vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer, denn ihre Infrastruktur ist schwächer und ihr Klima härter. Ausfuhr von „virtuellem Wasser“ sorgt für zusätzliche Verknappung: Wasser, das in Landwirtschaft und Industrie für die Produktion von Exportgütern verwendet wird, steht für andere Zwecke nicht mehr zur Verfügung. Mehr und bessere Aufbereitungsanlagen sind nötig.

Bislang sind keine direkten Kriege ums Wasser entbrannt, aber Konflikte, bei denen Wasser eine Rolle spielt, gibt es reichlich. Einer ist zum Beispiel der Streit zwischen Viehzüchtern und Ackerbauern in der gesamten Sahelzone. Aufgrund des Klimawandels und durch Übernutzung der Wasserressourcen schrumpft zum Beispiel der Tschadsee, das Klima schwankt und die Niederschläge variieren stark. Das zerstört die Existenzgrundlage von Fischern und Bauern und beschafft der islamistischen Miliz Boko Haram, die die Bevölkerung terrorisiert, Zulauf.

Auch im Nahen Osten ist und bleibt Wasser ein zentraler Streitpunkt. Im Israel-Palästina-Konflikt geht es nicht nur um Politik und Religion, sondern auch um Wasser. Die Ressource ist knapp und Israel kontrolliert sie. Das Wasser in der Region entspringt zum großen Teil auf den von Israel kontrollierten Golanhöhen und wird in Israel verbraucht. Nur ein kleiner Teil kommt bei den Palästinensern und in Jordanien an. In vielen Weltregionen werden knappe Wasserressourcen vor allem dann zum Konfliktgegenstand, wenn große Ströme oder wichtige Grundwasserleiter Grenzen überschreiten.

Auch innerhalb von Nationalstaaten ist die Verteilung meist ungleich. Allzu oft ist Zugang zu sicherem Trinkwasser eine Frage des Geldes. Wohlhabende Gegenden sind an das Versorgungs- und Abwassersystem angeschlossen, informelle Stadtsiedlungen und Dörfer dagegen nicht. Dieser Missstand kommt jetzt in der Coronakrise verstärkt zum Ausdruck: Den Bewohnern der Armenviertel ist es schlichtweg nicht möglich, die Hygieneregeln wie regelmäßiges Händewaschen einzuhalten. Ihnen steht schlicht und einfach nicht genug Wasser zur Verfügung.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



SABINE BALK
ist Redakteurin von **E+Z**
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Fotos: picture-alliance/dpa, picture-alliance/Mindon Pictures

Debatte



Folgen des Braindrains

Deutschland leidet unter Fachkräftemangel. Migranten füllen viele Lücken auf dem Arbeitsmarkt. Nun soll ein neues Gesetz die Einwanderung von Arbeitskräften aus Nicht-EU-Ländern erleichtern. Diese fehlen dann oft in ihren Herkunftsländern – zum Beispiel im Gesundheitswesen. Das wird in der Coronakrise besonders deutlich, schreibt Richa Arora, Stipendiatin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik. **SEITE 8**

Tribüne



Angemessene CO₂-Preise

„CO₂-Bepreisung“ bedeutet, dass eine staatliche Institution einen Preis für Emissionen erhebt. Im Gegensatz dazu bedeutet CO₂-Schattenbepreisung, dass Kosten für langfristig absehbare Emissionen von Großprojekten in der Planung berücksichtigt werden, selbst wenn sie über aktuelle Marktpreise hinausgehen. Obwohl Schattenpreise fiktiv sind, haben sie eine sehr reale Wirkung. Ein hoher Schattenpreis für Brennstoff kann ein Kraftwerk zum Beispiel unrentabel machen, auch wenn es bei den aktuellen Marktpreisen profitabel aussehen mag. Der Klimaökonom Hans-Jochen Luhmann argumentiert, dass sich beide Ansätze sinnvoll ergänzen. **SEITE 9**



Duflo und Banerjee
in Stockholm 2019.

VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

Menschliche Realität

Das neue Buch von Abhijit Banerjee und Esther Duflo, den Wirtschaftsnobelpreisträgern von vergangem Jahr, fordert einen Paradigmenwechsel. Ökonomen sollen sich nicht auf fiktive Modelle konzentrieren, sondern auf die empirische Wirklichkeit. Besonders harsch fällt ihre Kritik an vermeintlichen Experten aus, die verzerrte Plattitüden in den Medien als wissenschaftliche Erkenntnis verkaufen.

Von Hans Dembowski

Titel und Untertitel des Buchs sind programmatisch: „Good economics for hard times – Better answers to our biggest problems“. Die beiden Entwicklungsökonominnen vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) haben es geschrieben, bevor sie den Nobelpreis gewannen. Ihrem Urteil nach sollten Volkswirte arbeiten wie Klempner. Der eigentliche Auftrag sei, gesellschaftliche Probleme zu lösen, werde aber meist nicht erfüllt, weil der Wissenschaftsbetrieb vor allem Wert auf ausgeklügelte Modelle und detaillierte Methodendiskussionen lege. Folglich sei das, was in der Öffentlich-

keit als Standarderkenntnis gilt, oft falsch und längst überholt. Tatsächlich widerlegen aktuelle Studien oft, was sogenannte Experten zugunsten spezifischer Interessengruppen in den Medien als gesichertes Wissen präsentierten.

Das gilt beispielsweise für Migration. Das Autorenpaar kritisiert die weit verbreitete Vorstellung, Einwanderer machten ungelerten Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt Konkurrenz und drückten Löhne. So werde zwar Ausländerfeindlichkeit erklärt, Realität sei es aber nicht. Ungelernte Migranten verrichteten schließlich meistens Arbeit, für die sich gar keine Einheimischen finden ließen. Es gebe auch kein Nullsummenspiel, bei dem das Geld, das Migranten verdienen, anderen Arbeitnehmern entgehe. Vielmehr steige dank der Einwanderer die gesamtgesellschaftliche Nachfrage, wodurch neue Chancen entstünden. Wenn Migranten im Team mit heimischen Kollegen integriert würden, stiegen zudem Letztere oft in der formalen Hierarchie auf.

Das miteinander verheiratete Autorenpaar stört zudem, dass die konventio-

nelle Volkswirtschaft Arbeit als eine Art Rohstoff behandle, bei dem es nur auf den Preis ankomme. Auch das stimme einfach nicht, weil in Beschäftigungsverhältnissen persönliches Vertrauen wesentlich sei. Obendrein arbeiteten Menschen nicht nur, um Geld zu verdienen, denn Arbeit habe psychologisch für Selbstverständnis, Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl große Bedeutung.

Daraus leiten die beiden VWL-Professoren sozialpolitische Konsequenzen ab. Die Vorstellung, dass Arbeitslosengeld und andere Sozialleistungen die Arbeitsbereitschaft minderten, sei empirisch falsch. Menschen wollten vielmehr etwas Sinnvolles tun und Beiträge zum gesellschaftlichen Leben leisten.

Wachstum gilt generell als wichtigstes Politikziel. Auch hier widersprechen die beiden MIT-Gelehrten. Richtig sei, dass kaum entwickelte Länder Wachstum brauchten, weil es ihnen allenthalben an Mitteln fehle. In hochentwickelten Ländern dagegen habe Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahren der großen Mehrheit der Bevölkerung nichts gebracht. Nur eine kleine Minderheit habe profitiert. Die Politik solle sich deshalb statt auf Wachstum darauf konzentrieren, die Lebensqualität der Bürger zu verbessern.

Dass der Markt immer bessere Ergebnisse als Staatshandeln liefere, ist ein weite-

res Klischee, das Banerjee und Duflo nicht akzeptieren. Tatsächlich gebe es Felder, auf denen der Staat überlegen sei. So sei etwa ein gutes öffentliches Schulsystem unverzichtbar, weil private Bildungseinrichtungen als Zielgruppe vor allem zahlungskräftige, privilegierte Schichten bedienen.

Das Ökonomenpaar lehnt auch die Grundannahme ab, dass Menschen feste und unveränderliche Präferenzen hätten. Das sei eine Fiktion, die nützlich sei, um in ökonomischen Modellen Akteure als vollkommen rational zu konzipieren. Sie habe aber nichts mit der Wirklichkeit zu tun, denn Menschen änderten Einstellungen ständig. Einflussreich seien dabei nicht nur Personen, mit denen sie regelmäßig zu tun hätten, sondern auch Medien sowie Moden und Trends. Folglich seien persönliche Präferenzen nicht sakrosankt, und die Politik dürfe durchaus versuchen, auf sie Einfluss zu nehmen.

Banerjee stammt aus Indien, Duflo aus Frankreich. Beide arbeiten in den USA. Ihr Werk profitiert davon, dass sie sowohl reiche Nationen als auch Entwicklungsländer gut

kennen. Ihr Buch verdient breite öffentliche Beachtung und sollte zur Pflichtlektüre im VWL-Grundstudium werden. Politiker, die Wert auf Ökonomenrat legen, sollten es ebenfalls zur Kenntnis nehmen.

METHODENKRITIK

Ein Schwachpunkt ist indessen, dass Banerjee und Duflo sich fast ausschließlich auf eine einzige Forschungsmethode stützen: randomisierte Kontrollstudien (randomised controlled trials – RCTs). RCTs zeigen, wie sich eine bestimmte Intervention auf eine soziale Gruppe auswirkt, in dem Daten in zwei Vergleichsgruppen erhoben werden, von denen eine den Eingriff erfährt und die andere nicht. Wenn die Vergleichsgruppen sehr ähnlich sind, lassen sich unterschiedliche Ergebnisse dann kausal auf die Intervention zurückführen.

Das Ehepaar verdankt sein wissenschaftliches Ansehen und den Nobelpreis der Entwicklung und Anwendung von RCTs. Ihr Forschungsinteresse gilt dabei

besonders der Armutsbekämpfung. Allerdings beweisen sie mit RCTs auch immer wieder Dinge, die in anderen Sozialwissenschaften längst selbstverständlich sind. Dass Märkte nur auf kaufkräftige Nachfrage, aber nicht auf menschlichen Bedarf reagieren, sagen Soziologen und Politologen schon lange.

Zu einem großen Teil besteht die Leistung von Banerjee und Duflo somit nicht darin, die Schwächen der konventionellen VWL aufzudecken, sondern diese in einer Weise auszuformulieren, die Ökonomen nicht leicht von der Hand weisen können. Angesichts der großen politischen Bedeutung dieser Disziplin ist das sehr wichtig. Leider dürften die beiden aber kaum die Fernseh-Ökonomen überzeugen, die von der Perpetuierung längst widerlegter Plattitüden leben.

BUCH

Banerjee, A., und Duflo, E., 2020: Gute Ökonomie für harte Zeiten: Sechs Überlebensfragen und wie wir sie besser lösen können. München, Penguin Verlag.

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



INTERNATIONALES RECHT

Klagen gegen Klimaschutz

Auf Grundlage des Energiecharta-Vertrags verklagen Konzerne Staaten auf Entschädigung, wenn diese die Nutzung fossiler Energien beenden oder einschränken. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben die Mitglieder des Vertrags zu Reformen aufgerufen und fordern unter anderem ein Ende des Investitionsschutzes für fossile Brennstoffe. Laut dem Verein PowerShift spielt Klimaschutz bei den bisherigen Modernisierungsüberlegungen jedoch kaum eine Rolle.

Von Linda Engel

Der Energiecharta-Vertrag regelt die Beziehungen von mehr als 50 Ländern in den Bereichen Handel, Transit und Investitionen von Energieträgern. Er stammt aus der Zeit nach Ende des Kalten Krieges und sollte beispielsweise ausländische Investoren, die in die maroden Energiebetriebe der ehemaligen Sowjetunion investierten, vor Enteignungen schützen.

Hält sich ein Staat nicht an den Vertrag, können ausländische Unternehmen ihn vor einem privaten Schiedsgericht verklagen. Umgekehrt haben Staaten diese Möglichkeit nicht. Laut einer Studie des gemeinnützigen Vereins PowerShift mit Sitz in Berlin führt dies in der Praxis dazu, dass viele Investoren Klage einreichen – oder damit drohen –, wenn Staaten mit neuen Gesetzen das Klima schützen wollen und dadurch Investitionen in Kraftwerke gefährden.

PowerShift nennt das Beispiel der kanadischen Firma Vermilion, die Frankreich 2017 mit einer Klage vor einem privaten Schiedsgericht drohte. Die Regierung in Paris wollte die Öl- und Gasförderung schrittweise verbieten. Vermilion verantwortet mehr als Dreiviertel der französischen Ölproduktion und pochte auf seine Investorenrechte nach dem Energiecharta-Vertrag. Aus Sorge vor hohen Entschädigungszahlungen änderte Frankreich das geplante Gesetz. Nun ist die Ölförderung bis 2040 weiter möglich – eine Niederlage für den Klimaschutz, auch in einem Land mit eher geringen Ölreserven wie Frankreich.

Ein weiteres Beispiel ist der Energieversorger Vattenfall, der Deutschland auf Entschädigungszahlungen in Höhe von mehreren Milliarden Euro verklagt. Die Bundesrepublik hatte nach der Fukushima-Katastrophe einen vorzeitigen Atomausstieg verabschiedet. Für Vattenfall bedeutet dies ein schnelleres Abschalten seiner Kraftwerke in Deutschland. Insgesamt haben Konzerne Staaten laut PowerShift bereits mehr als 120 Mal verklagt. Fast die



Die kanadische Firma Vermilion fördert Öl in Andrezel südöstlich von Paris.

Hälfte der Verfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Derzeit verhandeln die Mitgliedsstaaten über Reformen des Energiecharta-Vertrags. Fabian Flues, Referent für Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift, sieht diese jedoch kritisch. Klimaschutz spiele in den Modernisierungsüberlegungen kaum eine Rolle. „Für uns wäre eine klare Folgerung des Pariser Klimaabkommens, dass die EU den Investitionsschutz für fossile Energieträger aussetzt“, sagt Flues. Vertragsänderungen müssen zudem von allen 53 Mitgliedsstaaten einstimmig verabschiedet werden. Doch einzelne Länder, darunter Japan, hatten bereits ange-

kündigt, dass sie wenig Notwendigkeit für Reformen sehen.

Problematisch sind laut Flues auch die Bemühungen des Sekretariats des Energiecharta-Vertrags um weitere rohstoffreiche Mitglieder im globalen Süden, beispielsweise in Ostafrika. Diese Länder hätten von einer Mitgliedschaft keine Vorteile, könnten aber Klagen ausländischer Investoren kaum Stand halten.

Ende 2019 haben 278 zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften aus den Mitgliedsstaaten des Energiecharta-Vertrages einen offenen Brief an die Minister und Parlamente ihrer Länder sowie die Europäische Kommission verfasst. Außer dem Ende des Investitionsschutzes für fossile Brennstoffe fordern sie die Streichung

des Streitbeilegungsmechanismus vor privaten Schiedsgerichten und einen Stopp für die Aufnahme neuer Mitglieder bis zu einer umfassenden Reform des Vertrages. Ein erster Fortschritt seit Erscheinen des Briefs: Ein Aufnahmestopp ist beschlossen, bis die Mitgliedsstaaten das Verfahren überprüft haben.

QUELLE

PowerShift, 2019: Stolperfalle für den Klimaschutz. Wie der Energiecharta-Vertrag ambitionierte Klimapolitik gefährdet.
<https://power-shift.de/wp-content/uploads/2020/02/Wie-der-Energiecharta-Vertrag-ambitionierte-Klimapolitik-gefahrdet-FactSheet-1.pdf>

Technik-Training im Rhino Camp

Ein Flüchtlingslager in Uganda ist nicht prädestiniert dafür, die erste Adresse für IT-Innovationen zu sein. Doch im Rhino Camp im Nordwesten des Landes nahe der Grenze zum Südsudan bietet ein Flüchtling seinen Nachbarn Computerdienstleistungen an und verbindet sie mit der Welt außerhalb des Lagers.

Der Südsudanese Richard Maliamungu lebt schon lange im Rhino Camp. 2018 nahm er an einem Workshop des Access to Skills and Knowledge Network (#ASKnet) teil, einer Initiative der gemeinnützigen Organisation Agency for Open Culture and Critical Transformation mit Sitz in Berlin.

In dem Workshop ging es darum, aus vor Ort verfügbaren Materialien einfache elektronische Geräte herzustellen sowie kaputte Geräte zu reparieren. Außerdem wurden die Teilnehmer ermutigt, sich online mit anderen IT-Experten zu vernetzen.

Maliamungu gewann aus dem Training nicht nur neue Fähigkeiten,

sondern auch eine Inspiration: Er machte die Herstellung und Reparatur elektronischer Geräte zu seiner Lebensaufgabe. „Ich habe alles Elektronische geliebt, seit ich ein Kind war“, sagt er. „Ich habe schon immer gerne Dinge zusammengebaut.“

Im Camp setzte er das Gelernte schnell um, organisierte ein Repair-Café und begann, die kaputten Geräte seiner Mitflüchtlinge zu reparieren. Inzwischen ist er ein sehr gefragter Mann. Außerdem bringt er Flüchtlingen sowie Menschen, die in der Nähe des Lagers wohnen, als Trainer für #ASKnet die Grundlagen von Elektronik und IT bei.

Maliamungu unterstützt die Trainer in allen sechs ASKnet-Zentren im Südsudan, in Uganda und Kenia. Unter anderem bringen sie den Teilnehmern dort bei, wie sie Open-Text-Software und Open-Source-Plattformen wie Github nutzen können, die Software-Entwickler aus der ganzen Welt zusammenbringen. Auch für andere NGOs hat Maliamungu schon als Trainer gearbeitet, etwa für die Youth Empowerment Foundation und Platform Africa.

Bis zu dem Punkt, an dem Maliamungu jetzt steht, war es ein weiter Weg. Er ist einer von rund 2 Millionen Südsudanese, die das Land seit Ausbruch des Bürgerkriegs 2013 verlassen haben. Ein großer Teil von ihnen lebt heute in Flüchtlingslagern in Uganda. Dort hinzugelangen, war nicht einfach.

Maliamungu erzählt, dass seine Familie und er auf dem kurzen Weg nach Uganda etwa zehn Straßensperren passieren mussten, die entweder von Regierungssoldaten oder von Rebellen kontrolliert wurden. Dort seien Menschen vor ihren Augen umgebracht worden. „Das hat mich hinterher psychisch stark belastet.“

LINK

Access to Skills and Knowledge Network:
https://openculture.agency/asknet_-_access-to-skills-and-knowledge-network/



OCHAN HANNINGTON
ist ein südsudanesischer
Journalist, Fotograf und
Filmemacher. Er lebt
momentan in Uganda.

hannington.a.o@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
61. Jg. 2020

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7257

Dieses e-Paper wurde am 30.6.2020 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7

D-53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,

Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH

Geschäftsführer: Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71-81

D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum

genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Dagmar Wolf (Assistenz)

Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk, Katja Dombrowski,

Aviva Freudmann, Monika Hellstern (Social Media),

Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung),

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit

und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter

Societät GmbH (60%).

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH

c/o InTime Media Services GmbH

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4-6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



STEP MAP

FACHKRÄFTEMANGEL

Braindrain bedenken

Deutschland leidet seit vielen Jahren unter Fachkräftemangel. Grund ist unter anderem die demografische Entwicklung. Migranten füllen viele Lücken auf dem Arbeitsmarkt, aber nicht alle. Nun soll ein neues Gesetz die Einwanderung von Arbeitskräften aus Nicht-EU-Ländern erleichtern. Dabei verdienen auch die Folgen für die Herkunftsländer Beachtung – besonders im medizinischen und Pflegebereich, dessen große Defizite die Corona-Pandemie offenbart hat.

Von Richa Arora

Das am 1. März in Kraft getretene Gesetz wird Deutschland als Ziel für potenzielle Migranten noch attraktiver machen – was auch dringend nötig ist: In der Bundesrepublik fehlen, wie in vielen anderen europäischen Ländern auch, zigtausende Pflegekräfte. 2017 waren nach Schätzungen des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen mindestens 38 000 Stellen unbesetzt. Die Agentur für Arbeit prognostiziert, dass sich der Bedarf an Pflegekräften aufgrund der alternden Bevölkerung bis 2060 in etwa verdreifachen wird – von derzeit rund 1 Million auf 3 Millionen.

Bislang füllen Arbeitskräfte aus anderen europäischen Ländern wie Polen oder Rumänien Lücken in der Landwirtschaft, vor allem als sogenannte Saisonarbeiter, und in der Pflege – jedoch nicht alle. Defizite gibt es zudem in weiteren Arbeitsmarktsegmenten, etwa bei Ingenieuren und in der Informationstechnologie.

Die Bundesregierung hat daher 2012 die Initiativen „Make it in Germany“ und „Triple Win“ ins Leben gerufen, um gezielt Krankenschwestern und -pfleger sowie Ingenieurinnen und Ingenieure aus bestimmten Ländern anzuwerben. Auf diesem Weg kamen in den vergangenen sechs Jahren mehr als 3000 Krankenschwestern und -pfleger aus Ländern wie den Philippinen, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Tunesien nach Deutschland. Das hat für die Herkunftsländer allerdings nicht nur Vor-

teile: Ihnen gehen qualifizierte Arbeitskräfte verloren.

Der Vorwurf des Braindrains wird oft mit dem Argument gekontert, dass es in Entwicklungsländern wie den Philippinen oder Indien mehr ausgebildete medizinische Fachkräfte gebe als Stellen. Dabei werden aber oft die Ursachen für diesen Überschuss außer Acht gelassen. Die Demografie eines Landes spielt dabei eine wichtige Rol-



Philippinische Pflegerin vor der Covid-19-Pandemie in deutschem Krankenhaus.

le: Die meisten Herkunftsländer haben eine vergleichsweise junge Bevölkerung. Sie verfügen über keine gute medizinische Infrastruktur, also etwa gute und ausreichend viele Krankenhäuser, um alle Fachkräfte zu beschäftigen. Deshalb stellen Länder wie Deutschland oder Kanada attraktive Alternativen für sie dar.

Trotzdem ist diese Migration ein Problem für die Herkunftsländer. Während in Deutschland nach Weltbank-Angaben 2016

13,2 Krankenschwestern und -pfleger auf 1000 Einwohner kamen, waren es in Indien und den Philippinen nur 2,1 beziehungsweise 0,2. Die Corona-Pandemie hat dieses Ungleichgewicht deutlich zutage gebracht: Deutschland hat eine hohe Anzahl an Intensivbetten für Erkrankte in kritischem Zustand, ringt aber mit dem Mangel an Personal. Länder wie Indien und die Philippinen verfügen weder über die Infrastruktur noch die Fachkräfte, um Kranke adäquat zu versorgen.

Covid-19 legt somit die Folgen des Braindrains und den mangelnden Ausbau der Gesundheitsinfrastruktur in Entwicklungsländern offen. Das sollte sowohl Herkunfts- als auch Empfängerländer von Arbeitsmigranten ins Grübeln bringen. Die Schuld für die Abwanderung von Fachkräften liegt nicht bei einzelnen Ländern, sondern ergibt sich durch ein Zusammenspiel vieler Faktoren. Migrationsanreize, wie sie etwa Deutschland und Kanada schaffen, spielen ebenso eine Rolle wie Rücküberweisungen, von denen Familien in Herkunftsländern abhängen. Win-win-Situationen sind möglich.

Ein positives Beispiel ist der „Triple Win“-Ansatz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er zielt darauf ab,

- Arbeitskräfte nur dort anzuwerben, wo ein Überschuss besteht,
- Integration durch gezielte Unterbringung in Deutschland zu fördern und
- die Migranten dazu zu bringen, Rücküberweisungen auf legalen Wegen vorzunehmen.

Es muss allerdings noch mehr passieren. Die aufnehmenden Länder sollten die Gesundheitssysteme in Herkunftsländern stärken, indem sie sie finanziell unterstützen und medizinisches und Pflegepersonal professionell ausbilden. Die Covid-19-Pandemie zeigt, wie dringend das ist. Die Unterstützung, die die Bundesregierung Entwicklungsländern im Kampf gegen Covid-19 leistet, schließt bessere Versorgung und Ausstattung von Krankenhäusern ein. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.



RICHA ARORA
ist Alexander-von-Humboldt-Stipendiatin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

<https://www.swp-berlin.org>

KLIMASCHUTZ

Angemessene CO₂-Preise

„CO₂-Bepreisung“ bedeutet, dass eine staatliche Institution einen Preis für Emissionen erhebt. Im Gegensatz dazu bedeutet CO₂-Schattenbepreisung, dass die auf lange Zeit festgelegten Emissionen von Großprojekten in deren Auslegung einbezogen werden, auch wenn das über die aktuellen Marktpreise hinausgeht. Schattenpreise sind fiktiv, haben aber eine sehr reale Wirkung. Ein hoher Schattenpreis für Brennstoff kann ein Kraftwerk zum Beispiel unrentabel machen, auch wenn es bei den aktuellen Marktpreisen profitabel aussehen mag. Der Klimaökonom Hans-Jochen Luhmann argumentiert, dass beide Ansätze der Preisgestaltung sinnvoll sind. Sie ergänzen sich gegenseitig.

Hans-Jochen Luhmann im Interview mit Sabine Balk und Hans Dembowski

Was ist der Unterschied zwischen CO₂-Marktpreisen und CO₂-Schattenpreisen (shadow prices)?

Der Ausgangspunkt ist derselbe. Experten sind sich einig, dass es uns nur dann gelingen wird, die globale Erwärmung zu stoppen, wenn die Emissionen, die diese verursachen, ausreichend verteuert werden. Die Atmosphäre ist ein begrenztes globales Gemeingut, in dem derzeit die Abfälle fossiler Brennstoffe deponiert werden. Da die Aufnahmefähigkeit der Erdatmosphäre

begrenzt ist, müssen die Emissionen auf null gebracht werden, und dazu müssen sie etwas kosten. Es gibt jedoch keine globale politische Instanz, die überall auf der Welt einen angemessenen Preis durchsetzen könnte. Vor diesem Hintergrund haben wir zwei Möglichkeiten:

- Erstens könnten die politischen Entscheidungsträger dem aktuellen Marktpreis für alles, was Emissionen verursacht, eine Kohlenstoffkomponente hinzufügen, insbesondere natürlich der Nutzung fossiler Brennstoffe. Dies wird Emissionsbepreisung genannt. Nehmen wir zum Beispiel den Autoverkehr: Autofahrer müssen für die von ihnen verursachten Emissionen bezahlen. Wenn der Preis für die Emissionen steigt, müssen sie weniger fahren, wenn sie nicht mehr Geld fürs Autofahren ausgeben wollen.
- Zweitens gibt es die sogenannte Schattenbepreisung; sie könnte auch als „zukünftige Bepreisung“ bezeichnet werden. Das Wort „Schatten“ wird verwendet, weil bei der Planung höhere Kraftstoffpreise berücksichtigt werden, als sie derzeit tatsächlich anfallen. Das bedeutet, dass CO₂-Preise selbst dann berücksichtigt werden, wenn sie aktuell null sind, weil sie noch nicht erhoben werden. Der Punkt ist, dass „fiktive“ Preise den Kapitalgebern dazu dienen, den wahren wirtschaftlichen Wert

eines Projekts zu beurteilen. Sie können dadurch zukünftige Kosten berücksichtigen, die die Marktpreise noch ignorieren. Das ist dann sinnvoll, wenn klimarelevante Projekte – insbesondere Kraftwerke – eine lange Betriebsdauer haben. Bei der Projektbewertung wird der CO₂-Schattenpreis, der in der Regel mit der Zeit ansteigt, während der gesamten Lebensdauer eines Projekts angesetzt.

Brauchen wir beide Methoden?

Ja, denn beide haben Auswirkungen auf die reale Welt, und beide treiben die Märkte an, langfristige Auswirkungen zu berücksichtigen. Sie ergänzen einander, weil wir mit der Klimakrise ein spektakuläres globales Marktversagen erleben. Aktuelle CO₂-Marktpreise gibt es nur selten, und selbst wenn, zeigen sie uns nicht die steigenden Kosten in der Zukunft an, also die zunehmende Knappheit des verbleibenden CO₂-Budgets.

Also ist die derzeitige Preisgestaltung für Emissionen einfach nicht effektiv?

Genau. Man denke nur an Deutschland, das vor zwei Jahrzehnten eine „Ökosteuer“ auf Benzin und Diesel eingeführt hat, es dann aber politisch unbequem empfand, diesen Steuersatz regelmäßig zu erhöhen, wie ursprünglich vorgesehen. Auch die EU hat gehandelt, indem sie 2008 den Emissionshandel für große Industrieanlagen einführte. Er deckt jedoch nur etwa 40 Prozent der europäischen Emissionen ab, und sein impliziter CO₂-Preis wird allgemein als viel zu niedrig angesehen. Das Ergebnis beider Preise in Bezug auf die Verringerung der Emissionen war bisher recht gering. Im vergangenen Jahr hat Deutschland mit einem Gesetzesentwurf, der ein nationales Zertifikatshandelssystem für Emissionen aus Brennstoffen einführen soll, einen weiteren kleinen Schritt gemacht. Es ist jedoch erstaunlich, dass selbst Deutschland, das mehr als die meisten anderen Länder bereit ist, gegen den Klimawandel vorzugehen, immer noch nicht ein umfassendes System aktueller CO₂-Preise hat, das diesen Namen verdient.

Warum ist das so?

Nun, jeder Versuch, das Klimaproblem mit Emissionspreisen zu lösen, stößt systematisch auf dasselbe Governance-Problem: Wir haben etwa 200 souveräne Nationalstaaten, und nur sie haben die Befugnis, auf



Kohlekraftwerke, wie die Lethabo Power Station in Südafrika, stoßen enorme Mengen an CO₂ aus.

ihrem Territorium Emissionspreise durchzusetzen. Es ist äußerst schwierig, 200 Regierungen dazu zu bringen, sich in die gleiche Richtung zu bewegen. Darüber hinaus zögern sie alle, selbst zu handeln, in der Hoffnung, von den Maßnahmen anderer zu profitieren.

Welchen Unterschied machen Schattenpreise?

Der große Vorteil der Schattenbepreisung besteht darin, dass sie die nationalen Regierungen weitgehend umgeht. Die multilateralen Entwicklungsbanken und andere internationale Finanzinstitutionen (IFI) sind hier führend. Sie haben so etwas wie ein Oligopol bei der Finanzierung von Großprojekten. Die Regierungen der Geberländer sind ebenfalls beteiligt, aber sie hinken hinterher. Bis auf sehr wenige Ausnahmen gelten Schattenpreise bisher nur für Schwellen- und Entwicklungsländer.

Bitte erklären Sie das.

Es hat sich eingebürgert, Schattenpreise zur Beurteilung der Durchführbarkeit von Projekten in Schwellen- und Entwicklungsländern zu verwenden. Der Grund dafür ist, dass die IFI-Ökonomen wissen, dass die aktuellen Marktpreise verzerrt sind. Um ein realistisches Bild zu erhalten, rechnen sie mit ein, was ein Projekt für die menschliche Gesundheit und die Umwelt bedeuten wird. Schattenpreise dienen diesem Zweck. Die Leitidee ist eigentlich Lehrbuchökonomie. Für politische Entscheidungsträger reicht es nicht aus, wenn ein Projekt kostendeckend ist. Es macht nur Sinn, wenn es den wirtschaftlichen Wohlstand im Allgemeinen fördert.

Warum verwenden dann die Geberregierungen zu Hause nicht die gleiche Methode?

Das ist eine ausgezeichnete Frage. Ich finde es rätselhaft, dass sie dies nur sporadisch und unregelmäßig tun. Der deutsche Ansatz zum Beispiel ist inkonsequent. Unsere Regierung wendet seit Jahrzehnten Schattenpreise bei der Planung von Verkehrsinfrastrukturen an, aber sie tut dies nicht, um die energetische Effizienz bei der Planung öffentlicher Gebäude zu bewerten.

Wie definiert man einen Schattenpreis?

Nun, es gibt zwei Denkschulen:

- Die erste besagt, dass der CO₂-Preis alle verursachten Schäden abdecken muss.

Im Fachjargon der Ökonomie nennt man dies „Internalisierung externer Kosten“. Im Hinblick auf den Klimawandel geht es darum, die „sozialen CO₂-Kosten“ (social costs of carbon – SCC) zu ermitteln. Im deutschen Verkehrssektor zum Beispiel müssen sich Projekte bei einem angenommenen Schattenpreis von 145 Euro pro Tonne CO₂ lohnen. Diesen Wert berechnete das Umweltbundesamt (UBA). Seit 2016 sagt das UBA, dass 180 Euro genauer wären. Konsequenterweise hätte der Schattenpreis entsprechend steigen müssen, die Regierung hat dies aber bislang nicht umgesetzt.

- Die zweite Denkschule will den richtigen Anreiz für die Entscheidungen vieler Millionen Menschen setzen. Schließlich muss ihr Gesamtverhalten zum Erreichen des Pariser Abkommens führen. Dieser Ansatz wird als „sozialer Wert des Kohlenstoffs“ (social value of carbon – SVC) bezeichnet. Man könnte sagen, das spiegelt, wie viel die Menschen in einem Land für fossile Brennstoffe zu bezahlen hätten, wenn ihr Staat die Pariser Ziele ernst nähme. Im Gegensatz zu den SCC soll der SVC nicht so sehr die Kosten von Klimaschäden widerspiegeln, er soll vielmehr eine Klimakatastrophe verhindern, indem die globalen Emissionen bis 2050 auf null gebracht werden.

Wie dem auch sei, die Suche nach dem richtigen Schattenpreis erfordert hypothetisches Denken. Sie ist immer umstritten. Beides gilt auch für die Preisgestaltung von Emissionen.

Welchen Ansatz verfolgen also die IFIs?

Die Weltbank preschte 2017 voran, als sie ankündigte, bei der Bewertung von Projekten CO₂-Schattenpreise einzubeziehen. Sie entschied sich für den SVC-Ansatz. Dieser Schattenpreis liegt derzeit bei 40 bis 80 Dollar pro Tonne CO₂ und diese Spanne wird bis 2030 auf 50 bis 100 Dollar steigen. Entnommen ist dies den Empfehlungen der High-Level Commission on Carbon Prices, die von den prominenten Ökonomen Joseph Stiglitz und Nicholas Stern geleitet wurde. Die Kommission schlug vor, dass die Preise im Laufe der Zeit steigen sollten, und sie definierte Unter- und Obergrenzen. Die Europäische Investitionsbank hat ab 2017 ebenfalls einen Schattenpreis von 50 Dollar pro Tonne für 2030 verwendet. Auch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung ist tätig geworden. Die IFI scheinen die Maßnahmen zu koordinieren,

sich aber für niedrige SVC-Preise zu entscheiden.

Macht das Sinn?

Politisch gesehen, ja. Die Idee dahinter ist es, Schäden zu verhindern, nicht sich dafür zu verantworten, also ist SVD der richtige Ansatz. Auf der anderen Seite lehnen Politiker in den Entwicklungsländern höhere Schattenpreise ab, weil dadurch Projekte unrentabel werden. Je niedriger die Schattenpreise sind, desto weniger gibt es Widerstand der Politiker. Das bedeutet jedoch, dass die Schattenpreise ökologisch weniger wirksam sind.

Warum bestehen die Politiker auf Projekten, die wahrscheinlich mehr Schaden als Nutzen anrichten?

Nun, viele von ihnen glauben immer noch, dass fossile Kraftwerke unverzichtbar sind. Das ist selbst in Nordafrika und im Nahen Osten der Fall, der Weltregion mit der höchsten Sonneneinstrahlung. Einige Länder, darunter Ägypten, investieren noch immer stark in die Infrastruktur für fossile Brennstoffe. Ich denke, der Hauptgrund ist, dass die dortige Führung befürchtet, dass Wind und Sonnenenergie für eine zuverlässige Energieversorgung zu unberechenbar sind. Es stimmt, dass die Infrastruktur aufwändige Einrichtungen zur Energiespeicherung und ausgeklügelte Verteilungsnetze erfordert (siehe Friederike Bauer und Achim Neumann im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/05). Einige Regierungen scheinen zu denken, dass ihre Länder weder über die erforderlichen Kapazitäten verfügen noch diese entwickeln können. Die große Frage, die sie jedoch nicht in Betracht ziehen, lautet: Wie werden ihre Länder mit der Klimakatastrophe fertig? Die schlichte Wahrheit ist, dass fossile Brennstoffe massive Schäden verursachen, weshalb sowohl Schattenpreise als auch Emissionspreise sinnvoll sind. Beide sind unverzichtbar, wenn wir jemals ein wirklich effektives Preisbildungssystem für Kohlenstoff sehen wollen.



HANS-JOCHEN LUHMANN
ist Emeritus am Wuppertal
Institut für Klima, Umwelt,
Energie.

jochen.luhmann@wupperinst.org



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C

Folgen

Editorial office D+C
@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.
Imprint: ow.ly/NlIV30kfnUm

Frankfurt, Germany dandc.eu Seit Januar 2010 bei Twitter

2.128 Folge ich 9.798 Follower

Tweets Tweets und Antworten Medien Gefällt mir

D+C Editorial office D+C @forumdc · 1 Std.
Two Nobel laureates want economists to focus more on empirical reality
ow.ly/YG7o50xQnyl
#economics #economists #research #globaldev



D+C Editorial office D+C @forumdc · 2 Std.
Women's stressful duty of procuring water

Neu bei Twitter?

Registriere dich jetzt, um deine eigene personalisierte Timeline zu erhalten

Registrieren



Was dir gefallen könnte

 **Ryan Thomas**
@My3_Ideas [Folgen](#)

 **Andreas K. Maier**
@maier_ak [Folgen](#)

 **Remotify**
@remotify [Folgen](#)

Mehr anzeigen

Trends für dich

Trend in Deutschland
#JusticeForGeorgeFloyd
1,43 Mio. Tweets

Trend in Deutschland
#Trump
64.400 Tweets

Trend in Deutschland
Drosten



Frauen mit Eseln auf dem Weg zu einem Brunnen in Äthiopien.

Wasserversorgung und Klimakrise

Wegen des Treibhauseffekts und der Übernutzung der Ressource wird für viele arme Menschen die Wasserversorgung prekärer. Wo das geschieht, gehen Entwicklungserfolge wieder verloren. Infrastruktur muss dringend verbessert werden.



Dieser Schwerpunkt bezieht sich direkt auf das 6. Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG) der UN: sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen. Es gibt zudem Wechselwirkungen mit anderen SDGs.





Zu wenig Wasser: Frauen füllen Behälter mit der Lieferung eines Tanklastwagens.

STADTENTWICKLUNG

Kein Wasser – oder zu viel

Während der Dürre im Sommer 2019 versiegten alle Wasserleitungen der indischen Megastadt Chennai. Auch Grundwasserbrunnen trockneten aus. Nicht einmal vier Jahre zuvor hatte dagegen Hochwasser viele Stadtteile überschwemmt.

Von Krupa Ge

In unserer Stadt, die früher Madras hieß, stellen wir uns auf große Unsicherheiten ein, wenn der Sommer naht. Vor der Pandemie waren die Hauptstraßen früher zwar ein erfreulicher Anblick mit Straßenhändlern, die mit Salz und Chillies gewürzte Mangoscheiben verkauften. In den heißesten Monaten März bis Mai waren auch saftige Wassermelonen, gefrorene Äpfel und Kokosnussmilch gefragt. Leider ist dies aber auch die Zeit, in der sich Menschen in Seitenstraßen drängen und mit leeren Töpfen und sonstigen Behältern auf Wasserlieferungen warten. Lastwagen von kommerziellen Firmen und Ämtern bringen die lebenswichtige Ressource in die Stadtteile. Niemand weiß genau, wann sie ankommen – manchmal ist das mitten in der Nacht.

Weil Wasser knapp ist, muss unser 10-Millionen-Ballungsraum an den heißes-

ten und schwülsten Tagen mit möglichst wenig auskommen. Der Mai ist am schlimmsten – und diesmal herrschte wegen des Coronavirus obendrein Ausgangssperre.

Viele erinnern sich an den schrecklichen Sommer von 2019, als die städtischen Wasserleitungen komplett versiegten. Für mich persönlich war besonders befremdlich, dass bald darauf mein Buch über die Flut von 2015 erschien. Bei jeder Lesung werde ich seither gefragt, ob ich auch über die Trockenheit schreiben werde. Die Entscheidung habe ich noch nicht getroffen. Klar ist aber, dass Chennais Infrastruktur weder auf Dürren noch auf Fluten, wie sie die Klimakrise immer wahrscheinlicher macht, eingestellt ist.

VOM MONSUN ABHÄNGIG

Chennais Wasserversorgung beruht auf Regenwasser, das in vier großen Stauseen gesammelt wird. Fällt der Monsun zu schwach aus, lähmt Wassermangel die Metropole.

Sie ist die Hauptstadt des indischen Bundesstaats Tamil Nadu. 2017 und 2018 waren unsere Landespolitiker derart mit chaotischen Streitigkeiten beschäftigt, dass sie nicht bemerkten, wie wenig Regen fiel.

Die Rechnung kam im Sommer 2019, als der größte Stausee namens Chembarambakkam Lake komplett austrocknete. Nachrichtenbilder zeigten tote Fische auf trockenem Grund.

Paradoxerweise war derselbe Stausee auch für die Flut von 2015 ursächlich. Es regnete so stark, dass er überlief. Hunderte von Familien, die an den Ufern von städtischen Gewässern gelebt hatten, mussten in abgelegene Vororte umziehen. Sie verloren über Nacht nicht nur ihr Hab und Gut, sondern auch ihr Recht auf Stadt. Die Infrastruktur der Siedlungen, in denen sie jetzt leben, ist besonders schlecht, so dass sie im vergangenen Sommer etwa ein Viertel ihres Einkommens für Wasser ausgeben mussten.

Der Nordostmonsun bringt von September bis November den größten Teil (60 Prozent) des Wassers, das Chennai bekommt. 2019 fielen in dieser Zeit nur 45 Prozent der langjährigen Durchschnittsmenge. In der Folge kollabierte die Wasserversorgung.

Normalerweise ist die Stadtverwaltung für die Wasserversorgung zuständig. Wir bezahlen dafür Gebühren. Dennoch hatte das Haus, in dem ich lebe, voriges Jahr in 15 Tagen nur ein einziges Mal Wasser in der Leitung – und zwar fünf Minuten lang. Anderswo war es noch schlimmer.

Wenn die Wasserleitung leer bleibt, nutzen wir eigentlich Grundwasser. Auf dem Gelände unseres Gebäudes steht eine Pumpe. Erstmals seit fast 17 Jahren lieferte sie aber 2019 gar kein Wasser mehr aus der Tiefe. Auch diese Quelle war versiegt

Wie die meisten indischen Städte nutzt Chennai Grundwasser für den täglichen Bedarf. Vielerorts ist diese Ressource längst übernutzt. Tamil Nadu war deshalb einer der ersten Bundesstaaten, der eine Gesetzespflicht zum Auffangen von Regenwasser erließ. Sie gilt für Wohngebäude und gewerbliche Bauten. Ohne Regen bringt das Gesetz aber nichts.

Vor einem Jahr wurden dann hektisch Brunnen gebohrt. Dabei gerieten Nachbarn oft in heftigen Wettstreit um Grundwasser. An manchen Stellen stießen sie erst ab einer Tiefe von mehr als 200 Metern auf Wasser. Die fieberhafte Aktivität zeigte auf erschreckende Weise, was die Eskalation der Klimakrise bedeuten wird. Amtlichen Statistiken zufolge waren die Grundwasservorkommen in 22 der 38 Distrikten Tamil Nadus weitgehend ausgelaugt.

Irgendwann kam für alle der Moment, an dem sie Wasser zu Marktpreisen kaufen mussten. Für die Armen war das besonders hart. Sie bekommen Wasser normalerweise gratis von einer speziellen Wasserbehörde der Landesregierung. Diese verlangte aber vor einem Jahr 700 Rupien (umgerechnet etwa neun Euro) für 9000 Liter. Das mag billig erscheinen und war auch das preisgünstigste Angebot, die Wartezeiten waren aber sehr lang. Unsere Lieferung kam erst nach 20 Tagen.

Letztlich hingen alle von Privatunternehmen ab. Die Preise stiegen von 2600 Rupien für 9000 Liter am Sommeranfang auf den Spitzenwert von 4600 Rupien. Im Rückblick erscheint es absurd, aber für sauberes Wasser musste sogar ein Aufschlag bezahlt

werden. Ansonsten kippte der Tankwagen den Haushalten verschlammtes Wasser in die Vorratsbecken. Der teure, gewerblich betriebene Wasserhandel machte armen und ausgegrenzten Gemeinschaften am meisten zu schaffen – und ganz besonders den Frauen (siehe Kasten unten).

Die Krise traf unsere Landesregierung unvorbereitet. Der Minister für Kommunalverwaltungen, SP Velumani, bezeichnete die Dürre sogar als mediengemachtes Gerücht. Bald darauf musste Wasser per Eisenbahn nach Chennai gebracht werden.

Wasser ist in Tamil Nadu eine hochemotionale Angelegenheit. Im Landtagswahlkampf überboten sich die Politiker regelmäßig mit Versprechen, wie viel sie den Bauern für Bewässerungszwecke zur Verfügung stellen werden. Unsere Landesregierung streitet mit denen der Nachbarstaaten über Flüsse, Staudämme und Stauwasser. Der älteste Konflikt betrifft den Fluss Kaveri und den Bundesstaat Karnataka. Er lässt sich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Voriges Jahr bot Kerala, ein anderer Nachbarstaat, Wasserlieferungen an, die unsere Landesregierung aber ablehnte. Absorbiert von politischem Alltagsstreit, vernachlässigte sie das Gemeinwohl.

Wenn es gut läuft, lieben unsere Minister Fototermine an Staudämmen und Kanälen, und tun so, als hätten sie persönlich für Wasser gesorgt. Wenn es schlecht läuft, übernehmen sie aber keine Verantwortung – weder für Dürren noch für Hochwasser.

Um die Probleme langfristig in den Griff zu bekommen, braucht Chennai eine bessere Infrastruktur. Unzählige städtische

Gewässer, die – teils legal, teils illegal – für Landgewinnung aufgefüllt wurden, müssen wiederhergestellt werden. Dann wird auch der Grundwasserspiegel wieder steigen. Die Dichter unserer Antike priesen tamilische Könige für die Teiche, die sie anlegten. Im Gegensatz zu unseren heutigen Politikern verstanden sie, wie wichtig Gewässer sind.

Im Detail lassen sich die Auswirkungen des Klimawandels schwer vorhersagen. Die entsprechende Infrastruktur zu bauen ist noch schwieriger. Wir müssen uns aber zügig vorbereiten. Immerhin erkennt die Landesregierung das Problem an. In ihrem kürzlich veröffentlichten Katastrophenplan kommt „Klimawandel“ 55-mal vor. Der Plan stellt die Rehabilitierung beschädigter Ökosysteme in Aussicht und geht auf diverse Klimarisiken ein. Verbindliche Versprechen sind das nicht, aber immerhin zeigte die Landesregierung Problembewusstsein.

Das reicht natürlich nicht. Die Probleme müssen gelöst werden, wobei besonders die verletzlichsten Menschen Schutz brauchen. Nötig ist eine Infrastruktur, welche die Lebenslage armer und ausgegrenzter Gemeinschaften verbessert. Leitungswasser darf nicht das Privileg der Wohlhabenden bleiben.



KRUPA GE
ist eine Journalistin aus
Chennai. Ihr Buch „Rivers
remember – #Chennai rains
and the shocking truth of

a man-made flood“ erschien voriges Jahr bei
Context (Neu Delhi).
krupa.ge@gmail.com

Das Leid marginalisierter Frauen

Die Hütten in Chennais informellen Siedlungen haben keine Wasserleitungen. Die Menschen hängen von Lastwagenlieferungen ab. Wer den Tankwagen verpasst, bekommt auch kein Wasser.

In der Regel sind weibliche Familienmitglieder für die Versorgung zuständig. Sowohl im städtischen wie im ländlichen

Indien sind häufig Frauen und besonders Mädchen mit schweren Wasserbehältern zu sehen. Die Dürre im vergangenen Sommers machte ihnen besonders schwer zu schaffen. Sie sind wegen Geschlecht und Kastenzugehörigkeit doppelt benachteiligt.

Selbst in normalen Zeiten stehen sie bei steigender Hitze lange Schlange. Streitigkeiten

sind so häufig, dass der lokale Dialekt den Begriff „kozha adi sanda“ für sinnlose Keiferei verwendet. Wörtlich bedeutet er „Streit am Wasserhahn“. Tatsächlich stehen die Frauen aber unter immensem Druck. Oft fürchten sie, sie könnten nicht genug Wasser bekommen, und je länger sie anstehen müssen, desto weniger Zeit haben sie für andere Aufgaben. Wenn die Schlange lang ist, wollen manche aber auch mehr Gefäße als gewöhnlich füllen, und es gibt

Ärger, wenn sie dabei eine unausgesprochene Grenze überschreiten. Für zusätzlichen Stress sorgt, dass die Frauen sehr früh aufstehen müssen, weil der Tankwagen schon morgens früh um fünf kommt.

Wasserholen bedeutet deshalb selbst in guten Zeiten Stress. Dürre macht alles noch schlimmer: Längere Schlangen, seltenere und weniger berechenbare Lieferungen stellen dann die Belastungsgrenzen der Frauen auf die Probe. kg

ABWASSERAUFBEREITUNG

„Jeder Tropfen zählt“

Wachsender Wasserbedarf macht Recycling immer wichtiger. In Bangladeschs Hauptstadt Dhaka betreibt der Textilhersteller DBL Group eigene Aufbereitungsanlagen. Die Motive erklärt Spitzenmanager M. A. Jabbar.

M. A. Jabbar im Interview mit Sabine Balk

Wie decken Sie Ihren Wasserbedarf?

Am meisten Wasser brauchen wir für Färben und Drucken. Unsere Färberei verbraucht täglich ungefähr 13 000 Kubikmeter und die Druckerei 266 Kubikmeter. Wir verwenden vor allem Grundwasser, und das gilt auch für die Menschen, die in der Umgebung leben. Die Nutzung ist staatlich reguliert. Bei DBL bemühen wir uns ständig, unsere Wassereffizienz mit modernen Maschinen zu verbessern. Wir sammeln auch Regenwasser, das wir dann in der Produktion verwenden. Wir reduzieren nach Möglichkeit unseren Verbrauch, verwenden Wasser wieder und arbeiten Abwässer auf.

Wie funktioniert das?

Unsere Färberei hat eine der größten biologischen Aufbereitungsanlagen in Bangladesch. Die Aufbereitungsanlage der Druckerei beruht dagegen auf Aktivkohle- und anderen Carbonfiltern. Sie taugt

für Abwässer aus der Farbküche sowie den Drucksieben, sodass wir 70 Prozent behandeln können. Wir halten die Vorschrift ein, keine gefährlichen Chemikalien in die Umwelt zu geben (Zero Discharge of Hazardous Chemicals – ZDHC). Das nicht genutzte aufbereitete Wasser leiten wir in den nächsten Fluss zurück. Derzeit verwenden wir sieben Prozent des aufbereiteten Wassers selbst wieder und wollen den Anteil in diesem Jahr auf 20 Prozent steigern. Je effizienter unser System wird, desto weniger Wasser verschwenden wir.

Ist das aufbereitete Wasser trinkbar?

Nein, aber es taugt für Reinigungszwecke und verschiedene Industrieprozesse. Wir reduzieren aber auch das Volumen des frischen Wassers, das wir brauchen. Aus unserer Sicht zählt jeder Tropfen, und deshalb wollen wir unseren Wasserbedarf jedes Jahr weiter verringern. Dafür verwenden wir spezifische Kennzahlen.

Was wurde den letzten zehn Jahren erreicht?

Pro Kilogramm gefärbtem Stoff haben wir den Wasserbedarf von 119 Litern 2010 auf 66 Liter vor sieben Jahren und heute nur noch 55 Liter gesenkt. Wir haben diese Kennzahl also mehr als halbiert. In diesem Jahr wollen

wir sie um weitere zehn Prozent reduzieren und auf 50 Liter pro Kilogramm kommen. Je besser wir werden, umso schwerer fällt uns aber weiterer Fortschritt. Das ist normal, denn die einfachsten Maßnahmen werden zuerst ergriffen.

Recyclen Sie freiwillig oder gibt es Regeln?

Unser Unternehmen ist für Nachhaltigkeit – sowohl gesamtgesellschaftlich als auch auf Betriebsebene. Wir setzen ganzheitliche Nachhaltigkeitsregeln um. Die internationalen Markenunternehmen, die wir beliefern, geben uns aber auch Richtlinien vor, die wir befolgen müssen. Wichtige Entwicklungsfinanzierer, wie etwa die International Finance Corporation (IFC) der Weltbank oder die deutsche DEG, die zur KfW Bankengruppe gehört, setzen sich ebenfalls für Umweltschutz ein. Es gibt zum Beispiel das IFC-Programm „Partnership for Cleaner Textiles“, bei dem der deutsche Sporttextilhersteller Puma mitmacht.

Wie ist die Wassersituation in Dhaka?

Die IFC schätzt, dass die Textilindustrie jährlich 1,5 Milliarden Kubikmeter Grundwasser verbraucht und als Abwässer in die Flüsse gibt. Der Grundwasserspiegel sinkt jährlich um ein bis zwei Meter. Solche Zahlen zeigen, dass ineffiziente Wassernutzung und Missachtung der ökologischen Kosten echte Probleme sind. Die Probleme werden zwar angegangen, aber wir kommen vermutlich nicht schnell genug voran. Bangladesch braucht mehr Kläranlagen und mehr Abwasseraufbereitung. Wir müssen unser Wasser mehrfach verwenden. Wir sollten auch noch mehr Regenwasser sammeln, und gefährliche Chemikalien dürfen nicht mehr in die Flüsse gespült werden.

Wer wirbt für diese Anliegen?

Das tun der Staat, die internationalen Markenunternehmen und die internationalen Entwicklungsfinanzierer. Ich hab die IFC und die DEG bereits erwähnt. Die Water Resource Group der Weltbank (WRG 2030) ist auch nennenswert, denn sie veranstaltet Gespräche mit allen relevanten Interessengruppen. Wir unterstützen aktiv die WRG 2030.



Färberei und Druckerei der DBL-Gruppe in Bangladesch verbrauchen sehr viel Wasser.



M. A. JABBAR
ist Geschäftsführer der DBL Group.

jabbar@dbl-group.com

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

„Day Zero“ verhindern

Die Wasserversorgung ist in vielen Ländern Subsahara-Afrikas zunehmend in Gefahr. Drei Autoren der GIZ machten sich Gedanken, wie die Entwicklungspolitik besser werden könnte und stellen vier Thesen zur zukünftigen Zusammenarbeit im Wassersektor in Subsahara-Afrika vor.

Von Daniel Nordmann, Helmut Lang und Katrin Gronemeier

Wasser- und Sanitärversorgung sind Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Das Sustainable Development Goal (SDG) 6 fordert sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen. Hierfür haben Städte eine besondere Bedeutung (Ziel 11). In 20 Jahren werden zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben. In Afrika wird sich laut UN die städtische Bevölkerung bis 2050 auf 1,2 Milliarden Menschen verdreifachen.

In absoluten Zahlen wurden in den vergangenen Jahrzehnten in Subsahara-Afrika zwar beachtliche Fortschritte bei der Versorgung der städtischen Bevölkerung erzielt: Zwischen 2000 und 2015 erhielten rund 80 Millionen Menschen zusätzlich Zugang zu leitungsgebundenem Trinkwasser. Doch im gleichen Zeitraum sind die Einwohnerzahlen um rund 180 Millionen gewachsen.

Relativ hat sich die urbane Wasserversorgung also verschlechtert: Während im Jahr 2000 zwei von drei Bewohnern Zugang zu Trinkwasser hatten, waren es 2015 nur noch knapp über die Hälfte – Tendenz weiter abnehmend. Länder wie Nigeria, Kenia und Simbabwe, aber auch Provinzen Südafrikas erklärten jüngst den Wassernotstand. „Day Zero“, der Tag, an dem das Wasser ausgeht, ist zum Synonym für Wasserkrisen geworden.

Seit Mitte der 1990er Jahre haben zahlreiche Länder Afrikas ihren Wassersektor reformiert – meist mit internationaler Unterstützung: Neue Wasserpolitiken und Gesetze wurden eingeführt, autonome städtische Versorgungsbetriebe gegründet und Regulierungsbehörden aufgebaut.

Regierungen und Geber stellten zusätzliche Mittel für eine bessere Versorgung bereit. Das Geld reicht jedoch nicht: Um allen Menschen bis 2030 Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung zu verschaffen, wären weltweit Investitionen in Höhe von 114 Milliarden Dollar jährlich erforderlich – drei Mal mehr als derzeit vorhanden.

Das ist Grund genug, darüber nachzudenken, wie die Wirksamkeit der deutschen Entwicklungspolitik vor allem in Subsahara-Afrika weiter erhöht werden kann. Wir haben aus den Erfahrungen der vergangenen 25 Jahre Lehren gezogen, die wir in vier Thesen zusammenfassen.

THESE 1

Langfristige Stressfaktoren wie Migration und durch den Klimawandel verstärkte Schockereignisse wie Hochwasser oder Dürren stellen neue Anforderungen an die Wasserversorgung. Da die wenigsten Städte darauf vorbereitet sind, sollte die Entwicklungspolitik mehr tun, um die Resilienz der Städte zu erhöhen.

Urbane Resilienz bezeichnet die Fähigkeit der städtischen Bevölkerung, Ins-

titutionen und Unternehmen, durch Anpassungen und Vorsorgemaßnahmen nach Schock und Stress zu einer stabilen Lage zurückzufinden. Um „Wasserresilienz“ zu fördern, sollten Programme der Zukunft:

- den Wasserkreislauf in seiner Gesamtheit betrachten und besser managen. Versorger sollten mehr in den Schutz der Wasserressourcen investieren.
- die Governance auf städtischer Ebene verbessern: Öffentlicher und privater Sektor und die Zivilgesellschaft müssen sektorübergreifend zusammenarbeiten und gemeinsam handeln.
- Infrastruktur muss multifunktional und integriert geplant werden: Das bedeutet mehr Investitionen in „grüne Infrastruktur“. Durch „Wasserplätze“ oder Grünflächen können Niederschläge versickern und gespeichert werden – als Vorsorge für die nächste Hitzewelle oder Dürre.

THESE 2

Wasserversorger spielen für die städtische Wassersicherheit eine zentrale Rolle. Als Betreiber der kritischen Infrastruktur müssen sie wirtschaftlich überlebensfähig sein. Die Etablierung eigenständiger öffentlicher Dienstleistungsunternehmen war in vielen Ländern ein wichtiger Schritt.

Inzwischen gibt es selbst in sehr armen Ländern leistungsfähige Versorger, die eine Trendwende geschafft haben: „Top Performer“ wie ONEA in Burkina Faso, NYEWASCO in Kenia oder NWSC in Ugan-



Wasserkioske wie hier in Tansania bieten eine wichtige Zwischenlösung für die Versorgung der armen Bevölkerung ohne Anschluss ans Wassernetz.

da überflügeln andere Wasserunternehmen der Region deutlich. Sie versorgen mehr als 90 Prozent der Stadtbevölkerung, auch in marginalisierten Randgebieten, verringern dabei Wasserverluste und wirtschaften kostendeckend.

Der wichtigste Erfolgsfaktor ist die Unternehmensführung. Den Managern ist es gelungen, ineffiziente Praktiken abzubauen, bessere Servicequalität und eine Versorgung aller Menschen zu erreichen. Dabei spielte Aus- und Fortbildung ihrer Mitarbeiter eine zentrale Rolle, maßgeblich ist jedoch die Veränderungsbereitschaft der Führung.

Wie können zukünftige Programme wirtschaftliches Arbeiten unterstützen?

- Die Förderung von Wasserunternehmen sollte konsequenter an nachweisbare Leistungsverbesserungen und Eigenanstrengungen gebunden werden.
- Damit diese Anreize wirken können, müssen Finanzierung und technische Unterstützung von Versorgern flexibler werden – und auch ein Ausstieg möglich sein, wenn vereinbarte Standards nicht eingehalten werden und keine ernsthaften Reformen erkennbar sind. Globale und nationale Ansätze, die eine flexible Finanzierung von Wasserunternehmen im Wettbewerb ermöglichen, bieten hier eine Lösung.
- Die Förderung von Partnerschaften zwischen deutschen kommunalen Unternehmen für Wasser und Abwasser und solchen in Partnerländern sollte verstärkt werden.

THESE 3

Der Vergleich von fünf Ländern zeigt: Auch arme Länder können mit professionellen Strukturen und der richtigen Finanzierung eine adäquate städtische Wasserinfrastruktur und eine Versorgung für nahezu alle Haushalte erreichen. Ein Beispiel: Burkina Faso hat im Zeitraum von 2005 bis 2015 fast 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das heißt knapp neun Dollar pro Stadtbewohner und Jahr, in städtische Wasserinfrastruktur investiert und somit die Versorgung auf über 90 Prozent der urbanen Bevölkerung ausgeweitet. Burkina Faso übertrifft damit die meisten anderen Länder der Region.

Seit Anfang der 2000er Jahre machen die burkinische Regierung und der nationale Versorger ONEA eine professionelle

Finanzierungsplanung und legen Rechenschaft über die Verwendung der Investitionen ab. Das Finanzministerium wurde in die Aufsicht einbezogen, was das Vertrauen, auch seitens der Geber, gestärkt hat. Gleichzeitig konnte ONEA die Wassertarife auf ein wirtschaftlich nachhaltiges und dennoch sozialverträgliches Niveau anheben.

Daraus leiten sich folgende Empfehlungen für künftige Programme ab:

- Die Beratung muss die Rahmenbedingungen stärker in den Blick nehmen. Die Planung von Investitionen ist anspruchsvoll. Sie sollte durch professionelle Finanzierungsinstitutionen der Partnerländer erfolgen. Diese sollten gegenüber Öffentlichkeit, Regierung und Gebern Rechenschaft ablegen, um so die notwendige Transparenz und Effizienz zu erhöhen.
- Die Kosten für Betriebs- und Instandhaltungskosten der Versorger sollten aus Wassergebühren (und staatlichen Transfers) gedeckt werden. Dies sollte die Entwicklungspolitik konsequenter zur Bedingung für die Unterstützung machen.
- Mittelfristig spielt für eine nachhaltige Finanzierung der Wasserversorgung auch der Zugang zu Krediten in Landeswährung eine wichtige Rolle: In Ländern mit schwacher Währung laufen die Länder und Versorger sonst Gefahr, sich durch Kredite in Fremdwährungen zu überschulden. Die Entwicklungspolitik sollte gut geführte Wasserunternehmen und lokale Banken enger zusammenführen, um deren Darlehensbedingungen zu verbessern.

THESE 4

Mit Wasser unterversorgte Bevölkerungsteile – in erster Linie arme Menschen – sind häufig gezwungen, kontaminiertes Wasser für teures Geld von informellen Verkäufern zu beziehen. Daher sollte die deutsche Entwicklungspolitik die Ausweitung der Versorgung in städtischen Armutsgebieten mit viel höherer Priorität als bisher verfolgen.

- Die Entwicklungspolitik sollte Zuschüsse vor allem für den Ausbau der Grundversorgung auf der letzten Strecke zum Endverbraucher („last mile“) einsetzen. Die „große“ Infrastruktur für Wassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung sowie Kläranlagen sollte weitestgehend über Darlehen finanziert werden.

- Nationale Finanzierungsinstitutionen können kurz- bis mittelfristig Investitionen in die „letzte Meile“ der Wasserversorgung besser fördern. Zehn bis 15 Prozent der Mittel sollten in Form von Zuschüssen in armutsorientierte Finanzierung – zum Beispiel über Treundhandfonds – fließen.

- Hausanschlüsse ans Leitungsnetz für alle sind in Afrikas Städten in absehbarer Zeit nicht umsetzbar und finanzierbar. Von Versorgungsunternehmen betriebene Zapfstellen und Wasser kioske bieten hier nach wie vor eine wichtige Zwischenlösung. Sie versorgen schon jetzt bis zu zwei Drittel der Stadtbewohner Subsahara-Afrikas mit Trinkwasser.

Mit der Wasserstrategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem SDG 6 sind die politischen Voraussetzungen gegeben, um die vier genannten Thesen umzusetzen. Wichtige Partner der deutschen Entwicklungspolitik, wie die Niederlande, Schweden und Frankreich, sind dazu ebenfalls bereit. Diese Chance sollten wir jetzt nutzen.

LINKS

Die Inhalte des Artikels basieren auf zwei GIZ-Studien, die die Wirkungen von Wassersektorreformen und Investitionen in fünf Ländern von 2005 bis 2015 untersucht haben.

Diese sind online verfügbar:

https://www.oecd.org/water/GIZ_2018_Access_Study_Part%20I_Synthesis_Report.pdf
https://www.oecd.org/water/GIZ_2018_Access_Study_Part%20II_Narrative%20Report_Briefing_document.pdf



DANIEL NORDMANN
 arbeitet zu nachhaltiger Wasserpolitik bei der GIZ und ist derzeit zur KfW Entwicklungsbank entsandt.

daniel.nordmann@giz.de



HELMUT LANG
 arbeitet im Kompetenzzentrum Wasser, Abwasser, Abfall bei der GIZ.

helmut.lang@giz.de



KATRIN GRONEMEIER
 arbeitet bei der GIZ und berät das BMZ zu nachhaltiger Wasserpolitik.

katrin.gronemeier@giz.de

REGIERUNGSFÜHRUNG

„Man müsste digitale Technologien nutzen“

Die Weltbank stuft das kleine Inselentwicklungsland Mauritius als Land unter Wasserstress ein und erwartet, dass es in diesem Jahr die Kategorie wasserarm erreicht. Riad Sultan, Umweltökonom und Wirtschaftsdozent an der Universität von Mauritius, hält die Probleme für hausgemacht. Im Interview mit E+Z/D+C erklärt er, was politisch schief läuft.

Riad Sultan im Interview mit Katja Dombrowski

Können Sie einen kurzen Überblick über die Wassersituation in Mauritius geben?

In Bezug auf das natürliche Vorkommen ist Mauritius keine wasserarme Insel – und trotzdem erleben wir Engpässe. Die größte Herausforderung für die Behörden besteht darin, die Menschen rund um die Uhr mit Trinkwasser zu versorgen, das mit gutem Druck aus der Leitung kommt. Das sollte eigentlich nicht allzu schwierig sein. Mauritius ist klein und dicht besiedelt. Fast jeder Haushalt ist ans öffentliche Leitungssystem angeschlossen. Aufgrund der vulkanischen Topografie fließt das Regenwasser außerdem nahezu von selbst aus den Bergen in die Reservoirs und von dort zu den niedriger gelegenen Verbrauchern. Aber es gibt zwei große Defizite: Zum einen wird nur ein sehr kleiner Teil der Niederschläge aufgefangen, um in der Trockenzeit benutzt zu werden. 2018 waren es lediglich 7,6 Prozent des gesamten Regenwassers. Zum anderen sind bis zu 40 Prozent des Trinkwassers sogenanntes Wasser ohne Ertrag. Dazu zählen physische Verluste durch defekte Leitungen und ähnliches, kommerzielle Verluste aufgrund kaputter Zähler und illegaler Anschlüsse, aber auch kostenlos abgegebenes Wasser, das beispielsweise die Feuerwehr benutzt. Meiner Meinung nach sollte offengelegt werden, welchen Anteil die verschiedenen Arten von Wasser ohne Ertrag haben – wird es aber nicht. Der Wassersektor ist nicht transparent.

Bedeutet die Defizite, dass die Menschen in Mauritius keine zuverlässige Wasserversorgung haben?

Ja, genau. Eine zuverlässige Versorgung würde heißen, alle rund um die Uhr mit ausreichender Qualität und Quantität zu beliefern. Stattdessen gibt es Probleme wie zu niedrigen Druck, Versorgungsunläufe.



Eines der wenigen Wasserreservoirs in Mauritius.

terbrechungen und saisonale Schwankungen. Manche Regionen haben nur zwei oder drei Stunden am Tag Wasser. Das ist definitiv zu wenig. Wenigstens tagsüber sollte jeder Haushalt durchgehend fließendes Wasser haben. Der Druck ist auch wichtig, denn wenn er zu gering ist, kann schmutziges Wasser in die Rohre eindringen, weil sie sehr alt und schlecht instand gehalten sind. Versorgungsengpässe treten meistens im Winter auf. Mehr als Dreiviertel des gesamten Regens fällt zwischen November und April. Nach zwei bis drei Monaten mit nur sehr wenig Regen – was

jedes Jahr passiert – sind die Reservoirs quasi leer.

Was könnte die Lösung sein?

Es gibt zwei Möglichkeiten. Die eine besteht darin, mehr Wasser zu speichern. Dafür müssten mehr Reservoirs gebaut werden. Die andere Option ist, die Verluste zu stoppen – und so die verfügbare Menge an Trinkwasser zu verdoppeln. Als erstes müssten die ganzen alten Leitungen ersetzt werden. Beide Optionen kosten sehr viel Geld. Deshalb bin ich nicht besonders optimistisch, dass eine davon umgesetzt wird.

Warum nicht?

Trinkwasser ist für die Verbraucher in Mauritius sehr billig: Im Durchschnitt zahlen sie

nur 12 Rupien (0,33 Dollar) pro Kubikmeter. Die ersten sechs Kubikmeter pro Monat sind sogar kostenlos. Viele Haushalte kommen damit aus, zahlen also überhaupt nichts für Wasser. Die Behörde, die für das Versorgungssystem zuständig ist, nimmt nicht genug Geld ein, um die Infrastruktur deutlich zu verbessern. Und die Abteilung des Ministeriums für Energie und öffentliche Versorgungsbetriebe, die für den Bau von Reservoirs verantwortlich ist, hängt komplett von Staatsgeld ab. So oder so müsste der Staat also zahlen – und Wasser ist leider nur eine von vielen Prioritäten der Regierung.

Gibt es einen Weg zu einer guten Wasserversorgung trotz des Geldmangels?

Das ganze System muss sich ändern. Wasser sollte nicht kostenlos sein – man muss für das, was man benutzt, auch bezahlen. Das Speicher- und Verteilsystem sind Teil der Wasserversorgung. Wenn ein gutes System aufgebaut ist, profitieren alle davon. Viele Menschen denken, dass das Wasser praktisch von selbst zu ihnen kommt, aber die Infrastruktur muss auf die eine oder andere Weise bezahlt werden. Außerdem wird ein angemessener Wasserpreis die Leute auch dazu bringen, weniger zu verschwenden. Die Tarife sollten steigen, und ein Teil davon sollte das Speicher- und Verteilsystem finanzieren. Für den Bau und Unterhalt der nötigen Reservoirs und Leitungen werden Milliarden Rupien gebraucht. In den vergangenen 15 Jahren wurde nur ein einziger Staudamm gebaut. Die Gleichung ist simpel: kein Geld, keine Dämme. Alle Politiker wissen, dass eine Erhöhung des Wasserpreises sehr unpopulär wäre. Andererseits habe ich eine Studie durchgeführt, um zu ermitteln, ob die Mauritier bereit wären, mehr Geld zu zahlen, wenn die Versorgungssicherheit stiege. Fast 87 Prozent von 400 befragten Haushalten stimmten einer Erhöhung um 27 Prozent der durchschnittlichen Wasserrechnung zu, wenn das Geld ausschließlich in die Verbesserung der Infrastruktur fließen würde, um zuverlässige Versorgung rund um die Uhr zu erreichen.

Könnte eine gute Wasserversorgung nicht auch dazu beitragen, Wählerstimmen zu gewinnen?

Die Regierung hat eine andere Strategie. In der vergangenen Legislaturperiode hat sie eine Subvention für Wassertanks eingeführt, um das Problem der Versorgungsengpässe zu lösen. Der weitaus überwiegende Teil aller Haushalte hat jetzt einen privaten Tank. Die letzten verlässlichen Zahlen stammen aus dem Zensus von 2011, und damals war es schon fast die Hälfte aller Haushalte. Heute müssen es weitaus mehr sein. Wenn kein Wasser aus der öffentlichen Leitung kommt, benutzen die Menschen das Wasser aus dem Tank. Aber für den Tank braucht man ein eigenes Grundstück oder ein geeignetes Hausdach, außerdem kostet die Installation und Unterhaltung Geld. Die Ärmsten sind dadurch ausgeschlossen. Das Förderprogramm hat Ungleichheit zwischen denjenigen geschaffen, die sich einen Tank leis-



Die meisten Menschen nutzen einen privaten Trinkwassertank.

ten können, und denjenigen, die das nicht können. Das führt zu Unterschieden im Lebensstandard, und das ist nicht gut. Für die Politiker ist es jedoch attraktiv, denn die meisten Menschen freuen sich über die ununterbrochene Wasserversorgung.

Was ist mit den kommerziellen Nutzern?

Große Verbraucher aus der Landwirtschaft, der Textilindustrie und dem Tourismus werden ermutigt, ihr eigenes Wasser zu gewinnen. Sie sind von einer ununterbrochenen Versorgung abhängig und haben daher ein großes Interesse daran, ihr eigenes System zu installieren, um Wasser aufzufangen und zu speichern. Diese Einzellösungen sind weit verbreitet, lösen aber natürlich nicht die Probleme der privaten Konsumenten.

Das klingt nach einer festgefahrenen Situation.

Ja, und es wird noch schlimmer. Die Nachfrage wird mit Sicherheit weiter steigen, und somit werden auch die Versorgungsengpässe zunehmen. Gründe dafür liegen unter anderem in der wachsenden Bevölkerung und dem zunehmenden Tourismus. Der Druck auf die Wasserversorgung wächst.

Spielt der Klimawandel dabei auch eine Rolle?

Auf jeden Fall. Der Regen setzte immer Anfang Januar ein. Inzwischen ist es Ende Januar. Durch den Klimawandel verschieben sich die Jahreszeiten, und die Trockenzeit, in der wir Probleme mit der Wasserversorgung haben, wird länger. Außerdem tritt

jetzt häufiger als früher Starkregen auf. Nach zwei oder drei Stunden eines solchen Wolkenbruchs ist alles überschwemmt. Es fällt insgesamt mehr Regen, aber auf weniger Tage verteilt. Das meiste Wasser fließt direkt ins Meer ab. Wir müssen eine Möglichkeit finden, es aufzufangen.

Die Überschwemmungen scheinen teilweise gravierend zu sein und viele Schäden zu verursachen. Ist das Abflusssystem für Oberflächenwasser den Regenfällen nicht gewachsen?

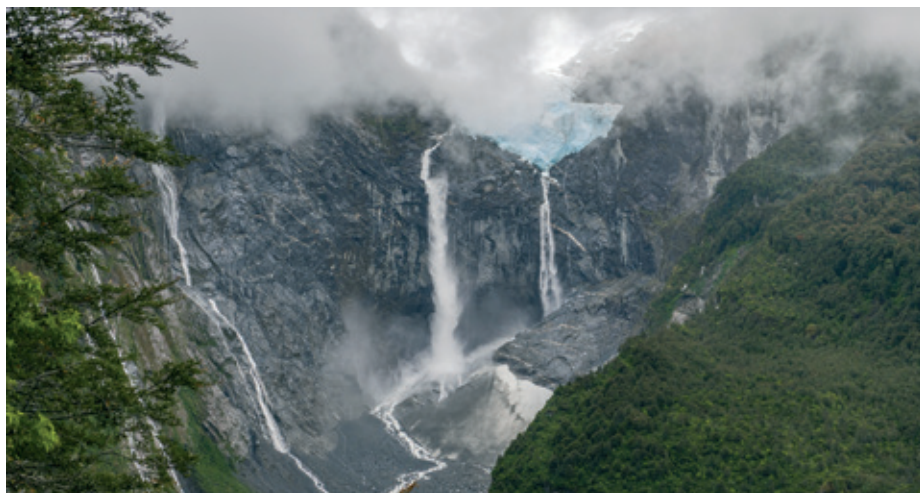
Nein, es ist alt und nicht gut in Schuss. Manche der Kanäle sind offen und werden bei Sturm schnell von Ästen und anderen Gegenständen verstopft. Zunehmende Urbanisierung und Landversiegelung spielen ebenfalls eine Rolle. Wir Mauritier sind nicht gut darin, vor auszuplanen. Wir reagieren eher auf die Notwendigkeiten, etwa nach einer Naturkatastrophe. 2013 kamen bei schweren Überschwemmungen in der Hauptstadt Port Louis 11 Menschen ums Leben. Danach wurde unter anderem ein Warnsystem installiert. Das ist allerdings nicht auf dem neuesten Stand der Technik. Man müsste digitale und andere moderne Technologien nutzen, um Umweltveränderungen zu verstehen, Schwachstellen zu erkennen, veränderte Landnutzung vorherzusehen und so weiter. Abgesehen davon benutzen die Menschen das Warnsystem nicht regelmäßig. Die Folgen lassen sich in jeder Regenzeit besichtigen.

LINKS

- Peeroo, A., und Sultan, R., 2016: Governance and economic accounting issues in the Mauritian water sector. Toward sustainable management of a natural resource. https://www.researchgate.net/publication/314119102_Governance_and_Economic_Accounting_Issues_in_the_Mauritian_Water_Sector_toward_Sustainable_Management_of_a_Natural_Resource
- Sultan, R., 2020: Accounting for the non-market benefits of water supply improvements to ensure sustainability. The case of Mauritius. *International Journal of Critical Accounting* (erscheint in Kürze).



RIAD SULTAN ist Wirtschaftsdozent an der Universität von Mauritius. <https://www.uom.ac.mu/fssh/des/>



Wasserfälle im Queulat-Nationalpark in Chile: Wenn die Gletscher schmelzen, leiden ganze Wassereinzugsgebiete stromabwärts unter den Auswirkungen.

WASSERKRISE

Privatisiert und ausgetrocknet

Trotz vieler Flüsse und Seen und seiner Lage am Pazifik herrscht in Chile wegen der Klimakrise dramatische Wasserknappheit.

Von Katie Cashman

Zehn Jahre dauert die Dürre schon an, von der mehr als drei Viertel der Fläche Chiles betroffen sind. Die Bürger bekommen das zu spüren: durch Knappheit und steigende Wasserpreise. Auch die Landwirtschaft – Hauptwirtschaftszweig des Landes – leidet. Massenweise sterben Tiere, einst fruchtbare Regionen werden zu Wüsten.

Hauptgrund für diese Katastrophe ist der Klimawandel. Die Temperaturen steigen stetig, während Regen- und Schneefälle abnehmen und Gletscher schmelzen. Chile hat in sechs seiner 16 Regionen landwirtschaftliche Notstandszonen erklärt.

Ein politisches Problem verschärft die Naturkatastrophe: Chiles Wasservergabesystem ist marktorientiert und kaum staatlich reguliert; Privatunternehmen haben die Kontrolle. Folglich zahlen Verbraucher viel Geld für Wasser. Es gibt hitzige Debatten darüber, ob diese wichtige Ressource in privater Hand sein sollte. Chile muss sich mit seinen Klimaproblemen und seinem Wasservergabesystem befassen, sonst wird

die lange andauernde Wasserkrise fortbestehen.

Der chilenische Wasserkodex von 1981 wurde während der Diktatur des damaligen Präsidenten Augusto Pinochet eingeführt. Demnach dürfen Wasserrechte als Eigentum besessen und gehandelt werden. Heute gehören die chilenischen Wasserversorger großen multinationalen Unternehmen wie der Suez Group (französisch), Aguas de Barcelona (spanisch) und Marubeni (japanisch).

Ein Ziel der Privatisierung war es, Investitionen und Expertise globaler Unternehmen zu gewinnen, was gelungen ist. Aber der Preis für die Bevölkerung ist hoch. Die Vermarktung von Wasser hat die Preise in die Höhe getrieben und den Grundsatz untergraben, dass Zugang zu Wasser ein grundlegendes, nicht verhandelbares Menschenrecht ist.

Aktuell sind mehr als 40 Regierungsbehörden an der Bewirtschaftung der Wasserressourcen beteiligt, was die Aufsicht schwächt und zerfranst. Hauptregulator ist die Generaldirektion Wasser im Ministerium für öffentliche Arbeiten. Diese:

- unterhält das Informationssystem, das „Wasserkataster“,
- setzt die nationale Politik um und

- verleiht über ein Auktionssystem Wasserrechte.

Der Schwerpunkt liegt auf der Marktversorgung. Es ist weder sichergestellt, dass die Menschen Zugang zu Wasser haben, noch dass die Ökosysteme um die Wasserbecken herum gesund gehalten werden.

Diese Systemmängel haben Bürger zum Protest veranlasst. Sie kämpfen gegen hohe Wasserpreise und Knappheit. Seit 30 Jahren bemühen sich einige Politiker um eine Reform des Wasserkodex. 2014 versuchten Senatoren erfolglos, Wasserressourcen zu renationalisieren. Derzeit kämpfen Aktivisten dafür, dass Bergbauunternehmen keine weiteren Wasserrechte erwerben können.

Die Wasserdebatte ist Teil einer breiteren Diskussion zur Reform des marktorientierten Wirtschaftsmodells des Landes. Die Chilenen diskutieren über eine neue Verfassung (siehe Javier Cisterna Figueroa in der Debatte des E+Z/D+C e-Paper 2020/02). Die Idee ist, die seit Ende der Pinochet-Diktatur 1990 geltenden Regeln zu erneuern. Viele Befürworter einer neuen Verfassung wollen die private Kontrolle der Wasserrechte abschaffen.

SCHMERZHAFTE FOLGEN

Während die Debatte läuft, zeigen sich negative Folgen des zunehmenden Wassermangels in Chile. Sie betreffen Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei und Bergbau – und vor allem die Menschen. Laut World Resources Institute (WRI), einer nichtstaatlichen Denkfabrik mit Sitz in Washington, wird Chile bis 2040 zu den Ländern mit den größten Wasserproblemen weltweit gehören. Die WRI prognostiziert einen starken Wettbewerb um Oberflächenwasser, berechnet als Verhältnis von lokaler Wasserentnahme und erneuerbarem Vorrat.

Am unmittelbarsten werden die Bürger die Folgen zu spüren bekommen. Da der Fluss Maipo Wasser verliert, wird in der Hauptstadt Santiago bis 2070 voraussichtlich circa 40 Prozent weniger frisches Trinkwasser verfügbar sein. Das wird vor allem die in der Metropolregion lebenden 40 Prozent der Gesamtbevölkerung treffen. Für ärmere Stadtbezirke hat der Mangel schon jetzt herbe Folgen: Sie können sich das teure Wasser nicht leisten.

Wegen der hohen Preise sind sie auf ihre eigenen Grundwasserquellen angewiesen, doch die werden immer unzugäng-



Demonstration für Gewässerschutz.

licher. Zwischen 1969 und 2001 sank der Grundwasserspiegel in Santiago von 12 auf 26 Meter unter der Erde. Die anhaltende Dürre verschlimmert die Lage.

Auch Landwirtschafts- und Bergbauunternehmen kämpfen um die knapper werdende Ressource. Chiles Wirtschaft hängt wesentlich vom Export von Avocados, Wein und Kupfer ab. In der Metropolregion Santiago verbraucht allein die Landwirtschaft 74 Prozent des Wassers. Mit Kupfer und Früchten exportiert Chile derzeit 1900 Millionen virtuelle Kubikmeter Wasser pro Jahr und damit das 1,4-Fache der für die Chilenen jährlich verfügbaren Trinkwassermenge.

Auch die Umwelt trifft der Wassermangel hart. In den Anden schrumpfen die Gletscher, die Schneegrenze weicht zurück. Gletscher sind jedoch ein wichtiger Wasserspeicher. Sie füllen Flüsse, Seen und Grundwasserquellen auf. Wenn die Gletscher schmelzen, leiden ganze Wassereinzugsgebiete stromabwärts unter den Auswirkungen.

Flussläufe mit weniger Wasser beeinflussen andere Ökosysteme. In Zentral- und Südküste führen Flüsse im Herbst und Winter 25 bis 75 Prozent weniger Nährstoffe wie Nitrate und Phosphate in den Pazifik ab als vor der Dürre, denn das ist abhängig von der Menge des Süßwassers, das die Küste erreicht. Diese Nährstoffe sind essenziell für das Wachstum von Phytoplankton (das erste Glied in der Meeresnahrungskette), das wiederum beim Laichen, der Larvenentwicklung und als Nahrung von Fischen und Krebstieren essenziell ist. Einige dieser Fische, Sardellen und Sardinen etwa, sind wirtschaftlich sehr bedeutsam für Chile.

Chile gilt eigentlich als wasserreich, besonders im Süden. Die Klimakrise jedoch

lässt die Wasserressourcen schwinden. Zwischen 2010 und 2014 lagen die durchschnittlichen und maximalen Temperaturen in Chile ein halbes bis 1,5 Grad höher als von 1970 bis 2000. Mehr Hitze bedeutet auch mehr Verdunstung. Forscher glauben, dass der Rückgang von Regen und Schnee in Chile mindestens zu einem Viertel dem vom Menschen verursachten Klimawandel anzulasten ist. Stetig ansteigende Temperaturen und starke Änderungen der Wettermuster verändern Landschaften und Ökosysteme nachteilig.

MÖGLICHE LÖSUNGEN

Chiles Regierung und ausländische Investoren suchen Lösungen für diese Probleme. Als Präsident Sebastián Piñera vergangenen Herbst seinen Haushaltsvorschlag für 2020 vorstellte, verkündete er Pläne für den Bau von 26 neuen Wasserreservoirs, Entsalzungsanlagen und innovativen Bewässerungsprojekten.

Einige Projekte sehen den Bau von Entsalzungsanlagen längs der Küste und den Transport von Wasser in Städte vor. Ein Testlauf in der Hafenstadt Antofagasta im Norden Chiles erwies sich als teuer und potenziell umweltschädlich, da schädliche Abwässer zurück ins Meer gepumpt wurden.

Eine weitere Idee ist, Süßwasser aus dem Süden, wo es etliche Fjorde und Buchten gibt, über eine „Wasserstraße“ in die trockenen zentralen und nördlichen Städte Chiles zu bringen. Der Süden sieht jedoch keinen Nutzen darin, Wasser aus seinen Flüssen und Seen zu entnehmen, vielmehr würde das Fischpopulationen und Fische-

reiwirtschaft schädigen. Auch die Indigenen lehnen die Ableitung von Wasser aus der Region ab.

Es gibt auch umweltfreundlichere Lösungen. Mögliche Schritte zur Anpassung an den Klimawandel sind: Wasser aus Nebel zu gewinnen, Regenwassereinzugsgebiete einzurichten und einheimische Bäume zu pflanzen, die trotz knapper Niederschläge gedeihen und den Bodenrückhalt verbessern. Die Bäume würden zudem Kohlenstoff speichern und so zur Anpassung an den Klimaschutz beitragen. Experten erwägen auch, landwirtschaftliche Praktiken zu ändern, um Wasserverbrauch und Treibhausgasemissionen zu reduzieren (siehe Susanne Neubert im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2019/11).

Nicht zuletzt plädieren die Reformer dafür, das Wasservergabesystem des Landes grundlegend zu ändern, letztlich also die Wasserressourcen zu renationalisieren. Da Wasserverteilung ein Geschäftsmodell ist, schauen Unternehmen mehr auf Erzeugung und Transport von Wasser als auf Nachhaltigkeit durch Schutz der Ökosysteme. Es braucht einen politischen Diskurs darüber, wie Wasserversorgungsfragen in die umfassendere Diskussion über den Umgang mit dem Klimawandel einzubeziehen sind. Wasser ist nicht nur ein lebenswichtiges Gut – es ist zentraler Bestandteil von Ökosystemen und spielt in der gesamten natürlichen Umwelt eine Rolle.

Chiles Nationaler Plan zur Anpassung an den Klimawandel betont immerhin, wie wichtig es ist, Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung daran landesweit zu stärken. Er zielt auf eine effizientere Wassernutzung in Industrie und Landwirtschaft ab sowie darauf, Wassereinzugsgebiete, Flüsse, Seen und Grundwasserspeicher besser zu schützen. Angesichts zunehmenden Wassermangels in Chile ist das nur ein Anfang. Umfassende und entschiedene Maßnahmen sind nötig, sonst wird das Land in den kommenden Jahrzehnten austrocknen.



KATIE CASHMAN
ist Beraterin für nachhaltige Entwicklung und soziale Innovation. Sie hat unter anderem für UN-Habitat

(UN-Siedlungsprogramm) gearbeitet.
kcashman23@gmail.com



Eine Frau in Harare, der Hauptstadt Simbabwe, trägt Wasser nach Hause.

HAUSARBEIT

Geschlechterungleichheit

Bei Armen ist das Wasserholen normalerweise die Aufgabe von Frauen und Mädchen, weil Frauen tendenziell weniger Geld verdienen als Männer. Ihre Zeit gilt als weniger wertvoll, und Familien investieren weniger in die Ausbildung von Mädchen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden.

Von Sudeh Dehnavi

Die UN definieren „Wassersicherheit“ als die Fähigkeit von Menschen, zuverlässigen Zugang zu angemessenen Mengen Wasser von akzeptabler Qualität für verschiedene Zwecke zu sichern. Vielerorts sorgen öffentliche Versorgungsunternehmen, kommerzielle Anbieter und formelle Kooperativen für die Wassersicherheit. In armen, traditionell geprägten Gemeinschaften müssen Haushalte sich aber häufig selbst darum kümmern. Meist übernehmen Frauen und Mädchen diese Aufgabe – neben Pflichten wie Kochen, Kranken- und Kinderpflege (siehe auch Dagmar Wolf in E+Z/D+C e-Paper 2020/04, Monitor).

Das Wasserholen gehört zu mehreren zeitaufwändigen, nicht einkommenschaffenden Tätigkeiten, die das Überleben einer Familie sichern. Weibliche Haushaltsmitglieder müssen Wasserzapfstellen finden, lange Wege dorthin zurücklegen und schwe-

re Eimer zurücktragen. Das Wasser wird zum Trinken, Kochen und für Hygienezwecke verwendet. Die Abwasserentsorgung ist oft schwierig.

Ungeachtet spezifischer sozioökonomischer, kultureller und politischer Hintergründe weisen Traditionen auf der ganzen Welt Frauen und Mädchen die Verantwortung für Wasser zu. Daher sind nach UN-Angaben 80 Prozent aller Haushalte ohne eigene Wasserversorgung von der Arbeit von Frauen und Mädchen abhängig. Schätzungen zufolge verbringen Frauen insgesamt 200 Millionen Stunden pro Tag mit dem Wasserholen.

Diese unfaire Arbeitsteilung besteht an vielen Orten fort, da Frauen in der Regel weniger Beschäftigungsmöglichkeiten haben. Zudem werden sie für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt als Männer. Wegen des sozioökonomischen Ungleichgewichts gilt die Zeit von Frauen als weniger wertvoll als die von Männern. Da Haushalte rationale Entscheidungseinheiten sind, verteilen sie ihre verfügbaren Ressourcen, einschließlich der Zeit ihrer Mitglieder, nutzenmaximierend.

Das Finden und Holen von Wasser ist eine zeitaufwändige Aufgabe, die kein Einkommen schafft. Diese Arbeit wird daher von denen geleistet, deren Zeit den gerings-

ten Wert hat – den Frauen. Auch werden Mädchen statt Jungen zum Wasserholen geschickt. Grund dafür ist, dass die erwarteten finanziellen Erträge aus ihrem Schulbesuch geringer sind. Tatsächlich sind sie oft so niedrig, dass die Familien nicht einmal erwägen, Mädchen durch Investitionen in eine teurere, aber weniger zeitaufwändige Wasserversorgung zu entlasten.

Verschiedene Entwicklungsstrategien sollen Menschen den Zugang zu Wasser erleichtern. Sie umfassen:

- den Aufbau von Rohrleitungsnetzwerken,
- das Auffangen von Regenwasser,
- den Aufbau von Wasseraufbereitungskapazitäten in Häusern und
- das Angebot von Mikrokrediten, damit Haushalte in sichere Wasser- und Sanitär-lösungen investieren können.

Untersuchungen zeigen, dass diese Ansätze sinnvoll sind. Sie reduzieren die Kosten und den Zeitaufwand für das Wasserholen. Somit verbessern sie die Möglichkeiten von Frauen, die dann andere Arbeiten verrichten können, und Mädchen, die dann zur Schule gehen können. Statistiken des UN-Kinderhilfswerks UNICEF zeigen zum Beispiel, dass ein tansanisches Mädchen, das statt 30 Minuten nur 15 Minuten zum Wasserholen aufwendet, seinen Schulbesuch um 12 Prozent erhöht.

Die genannten politischen Optionen sind hilfreich. Sie ändern jedoch nichts an der grundlegenden Ungerechtigkeit. Die Zeit von Frauen und Mädchen gilt nach wie vor als weniger wertvoll als die von Männern und Jungen. Wenn sich das nicht ändert, werden Frauen und Mädchen letztlich immer die am wenigsten lohnenden Aufgaben erledigen. Sie verdienen bessere Chancen am Arbeitsplatz und in der Bildung. Je mehr sie in die Lage versetzt werden, Geld zu verdienen, desto eher werden Familien und Gemeinschaften bereit sein, in anspruchsvollere Wasserversorgungssysteme zu investieren. Nur so können Frauen und Mädchen ihr volles Potenzial ausschöpfen und das Beste aus ihrem Leben machen.



SUDEH DEHNAVI
ist Programmkoordinatorin
am Institut für Technologie
und Ressourcenmanagement
in den Tropen und Subtropen

der TH Köln.

sudeh.dehnavi@th-koeln.de

UN-PROGNOSE

Klimakrise verschärft Wasserstress

Die globale Erwärmung beeinträchtigt die Qualität und Quantität des für Menschen verfügbaren Wassers. Das prognostiziert ein aktueller Bericht der UN. Nötig sind deshalb Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen.

Von Sarah Josef

Sanitärversorgung und Hygiene hängen von ausreichend verfügbarem und sauberem Wasser ab. Für Ernährungssicherheit und Gesundheit ist sicheres Trinkwasser erforderlich. Obendrein brauchen Energieproduktion, Wirtschaftstätigkeit und Ökosysteme Wasser. Ein aktueller UN-Bericht warnt deshalb, dass der Klimawandel die Verfügbarkeit, Qualität und Quantität von Wasser verändert.

Besonders betroffen seien voraussichtlich die Tropen – also vor allem Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen, schreiben die Autoren. Aber auch Europa, der Kaukasus und Zentralasien bekämen künftig weniger Regen.

Laut den Wissenschaftlern macht sich der Treibhauseffekt durch die zunehmende Häufigkeit und das Ausmaß von Extremwetterlagen wie Hitzewellen, Dürren, Starkre-

gen, Gewittern und Sturmfluten bemerkbar. Höhere Wassertemperaturen oder Verunreinigungen von Wasser aufgrund von Dürren oder Überschwemmungen wirkten sich auf die Wasserqualität aus.

Wetterextreme stellen auch ein Risiko für Sanitäreinrichtungen und Hygiene dar, wie der Bericht aufzeigt. Beschädigte Sanitär- und Abwassersysteme führten nach Überschwemmungen oft zur Verbreitung von Fäkalien und Viren und erhöhten Gesundheitsrisiken. Dürren und Überschwemmungen verursachten zudem Unterernährung wegen Lebensmittelknappheit.

Wirtschaft und Stromerzeugung werden vom Wasserstress, den der Klimawandel verschärft, beeinträchtigt, wie die Studie ausführt. Kraftwerke und Betriebe könnten lahmgelegt werden. Dies wiederum habe Auswirkungen auf Lieferketten sowie Anlagen und Ausrüstung.

Aber auch Ökosysteme wie Wälder und Feuchtgebiete seien gefährdet. Die Autoren warnen vor einem Verlust der Artenvielfalt, aber auch davor, dass auf Ökosystemdienstleistungen wie Wasserreinigung oder Hochwasserschutz künftig weniger Verlass sei.

Um die Risiken zu mindern, empfehlen die Wissenschaftler, Strategien zur Anpassung an und zur Abschwächung des Klimawandels zu entwickeln. Für die Anpassung relevant seien:

- bessere Wasserspeicher- und Ablaufsysteme,
- Frühwarnsysteme bei drohenden Unwettern,
- Aufklärung und Bildung,
- bodenschonende Landwirtschaft,
- Kultivierung von hochwasser- und dürreresistenten Pflanzensorten.

Zum Klimaschutz tragen derweil Agrarpraktiken, die CO₂ binden, sowie Aufforstung bei. Moderne Abwasserbehandlung könne Treibhausgasemissionen reduzieren und Biogas als erneuerbare Energiequelle bereitstellen.

Weil klimabedingte Wasserprobleme Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt betreffen, fordern die Wissenschaftler, mehr Mittel für nachhaltiges Wassermanagement bereitzustellen. Zu den positiven Nebenwirkungen gehörten dann die Schaffung von Arbeitsplätzen, Gesundheitsförderung, weniger Armut und sicherere Existenzgrundlagen. Auch die Geschlechtergerechtigkeit würde profitieren, da in der Regel Frauen nicht nur für die Wasserbeschaffung zuständig sind, sondern auch für die Gesundheit der Familie und die Hygiene im Haushalt.

Gleichzeitig sei es jedoch wichtig, Interessenkonflikte zu beachten und alle relevanten Gruppen in die Wasserpolitik aktiv einzubeziehen. Der UN-Report befürwortet partizipatorische Multi-Stakeholder-Ansätze.

Die Autoren betonen, dass viele der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) mit Wasser verbunden sind. Die Klimakrise könne deshalb die gesamte Agenda zunichtemachen. Aus UN-Sicht ist kompetentes Handeln dringend geboten.

LINK

United Nations World Water Development Report 2020:

<https://en.unesco.org/themes/water-security/wwap/wwdr/2020>



SARAH JOSEF
ist PR-Volontärin bei
Engagement Global und hat
im April 2020 die Redaktion
von E+Z/D+C unterstützt.

euz.editor@dandc.eu



Kenianische Landfrauen holen Wasser. Eine bessere Wasserversorgung dient der Gesundheit und der Geschlechtergerechtigkeit.



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

facebook

D+C

D+C Development
and Cooperation
@development.and.cooperation

Startseite

Beiträge

Fotos

Info

Community

Seite erstellen

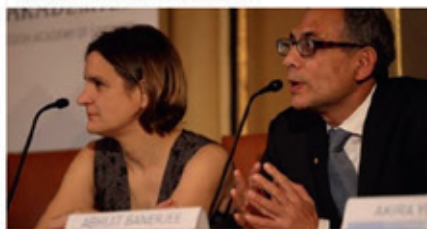


Gefällt mir Teilen Änderungen vorschlagen Mehr dazu Nachricht

Beiträge

D+C D+C Development and Cooperation
20 Stk.

According to conventional economic wisdom, growth is the all-important policy goal. The two MIT scholars disagree.



DANDC.EU
Two Nobel laureates want economists to focus more on empirical reality

188 3 Mal geteilt

Gefällt mir Kommentieren Teilen

Community

Alle anzeigen
221.525 Personen gefällt das
221.628 Personen haben das abonniert

Info

Alle anzeigen
Contact D+C, Development and Cooperation on Messenger
www.dandc.eu
Zeitschrift

Seitentransparenz

Mehr anzeigen
Facebook liefert Informationen, mit denen du die Intention von Seiten besser verstehst. Hier erfährst du mehr zu den Personen, die die Seiten verwalten und Beiträge darin posten.

Seite erstellt - 3. Januar 2014

Personen

221.525 „Gefällt mir“-Angaben

Ähnliche Seiten

Deutschland.de
Nachrichten und Medienredakteure



Covid-19-Tagebuch

Die Beiträge stammen von Autoren und Korrespondenten aus dem In- und Ausland. Nicht alle geben den aktuellen Stand wieder. Maßgeblich ist das Datum der Veröffentlichung auf unserer Webseite, das hier im e-Paper jeweils über der Überschrift steht.

THUANY RODRIGUES

Rasante Ausbreitung

25. MAI

SEITE 26

RABSON KONDOWE

Masken für alle Malawier

11. MAI

SEITE 30

KARIM OKANLA

Afrika braucht die WHO

19. MAI

SEITE 27

GILBERTO SCOFIELD JR.

Spaltende Pandemie-Reaktion

7. MAI

SEITE 31

GERD MÜLLER

Globale Lösungen erforderlich

18. MAI

SEITE 28

MARKUS LOEWE

Sozialtransfers stabilisieren Konsumnachfrage

5. MAI

SEITE 32

KATHRIN BERENSMANN

Schuldenerlass für die ärmsten Länder

14. MAI

SEITE 29

MONIKA HELLSTERN

Geschlechtsspezifische Auswirkungen von Covid-19

1. MAI

SEITE 33



Keine Chance, Abstand zu halten: Bewohner einer Favela warten auf die Lebensmittel-lieferung einer zivilgesellschaftlichen Organisation.

25. MAI 2020

Rasante Ausbreitung

Der Ausbruch von Covid-19 trifft brasilianische Armenviertel besonders heftig. Aufgrund räumlicher Enge und schlechter hygienischer Bedingungen sind die Infektionsraten hoch. Mangelernährung und begrenzter Zugang zum Gesundheitswesen verschärfen das Problem.

Von **Thuany Rodrigues**

Präsident Jair Bolsonaro spielt die Pandemie herunter (siehe Gilberto Scofield Jr., S. 31 in diesem E-Paper), aber die Fallzahlen steigen in seinem Land rapide. Weltweit haben mittlerweile nur die USA noch mehr Infizierte. Die Live-Statistik der Webseite Worldometer verzeichnet am 25. Mai 365 000 bestätigte Fälle in Brasilien – und 22746 Tote.

Besonders gravierend ist die Situation in den Favelas, den informellen Siedlungen der Ballungsräume. Mehr als 6 300 solcher Slums gibt es in Brasilien. In Rio de Janeiro, der zweitgrößten Stadt mit 6,7 Millionen Einwohnern, sind es rund 700. Den Statistiken der Stadtverwaltung zufolge gab es Mitte Mai 20 000 Coronavirus-Infektionen in der Stadt. Wie viele davon auf Armenviertel entfallen, wird nicht erfasst. Voz das Comu-

nidade, ein Lokalblatt aus einer großen Favela, erstellte zur Monatsmitte für 13 Favelas selbst Statistiken und stützt sich dabei auf eigene Datenerhebung sowie auf amtliche Angaben. Das Resultat ist nur ein kurzes Blitzlicht, vermittelt aber einen Eindruck davon, wie stark und mit welchen Folgen sich das Virus in den Armenvierteln verbreitet. Allein in den 13 untersuchten Favelas gab es Voz zufolge 440 bestätigte Fälle und 159 Covid-19-Tote.

Die Gesamtzahlen für alle Favelas sind sicherlich noch sehr viel höher. 13,6 Millionen Brasilianer leben in Favelas, schätzt das Forschungsinstitut Data Favela, und 2 Millionen davon leben im Staat Rio de Janeiro. Zwei Drittel von ihnen sind Schwarze.

Diese Menschen sind sich ihres Risikos bewusst: „Wir kennen einige, die an der Krankheit gestorben sind“, sagt die 47-jährige Dulce dos Santos, die ihren Job als Hausangestellte aufgrund der Pandemie verlor. „Ein Nachbar wurde infiziert. Ich vermeide es, mein Heim zu verlassen.“

Auch hohe Infektions- und Todesraten überraschen hier niemanden. „Abstandhalten ist kaum möglich, und das Alltagsgeschäft läuft weiter“, sagt der arbeitslose

William Rodrigues. Es seien auch keine Beamten da, die korrigierend eingreifen könnten. Tatsächlich bedeutet „Präsenz des Staates“ in Favelas in der Regel nur gewaltsames Eindringen von schwerbewaffneten Sicherheitskräften.

Die Menschen fühlen sich im Stich gelassen. „Ich sehe keinerlei Bemühungen des Staates, die Menschen mit dem Nötigsten zu versorgen“, beklagt der 30-jährige Rodrigues. „Lebensmittelrationen verteilen nur zivilgesellschaftliche Organisationen.“

Zwar hat das nationale Parlament in Anbetracht der Krise jedem Arbeitslosen 600 brasilianische Real (etwa 95 Euro) versprochen. Doch viele Favela-Bewohner können darauf keinen Anspruch erheben, weil sie die nötigen Dokumente gar nicht haben. Das gilt besonders für Obdachlose.

Brasiliens Gesundheitssystem SUS (Sistema Único de Saúde) ist überlastet, und Slumbewohner haben oft gar keinen Zugang. Da Favelas vielfach auch unter Wassermangel leiden, sind die hygienischen Bedingungen denkbar schlecht. Krankheiten breiten sich schnell aus. Viele Bewohner arbeiten aber weiter – ohne Abstandsregeln oder Hygienemaßnahmen. Sie haben gar keine andere Wahl.



THUANY RODRIGUES
ist Journalistin in Brasilien.

thuanyrodrigues@gmail.com

18. MAI 2020

Afrika braucht die WHO

Dass US-Präsident Donald Trump die Beiträge seines Landes zur Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) gestrichen hat, wird in Afrika Leid verschärfen. Dieser Kontinent braucht im Kampf gegen Malaria, HIV/Aids und Polio jeden Cent, denn südlich der Sahara waren nationale Gesundheitswesen schon vor der Coronavirus-Pandemie unterfinanziert.

Von Karim Okanla

Aus afrikanischer Sicht haben weder China noch die USA überzeugend auf die Pandemie reagiert. Hätte China schneller und transparenter gehandelt, hätte die Ausbreitung des Coronavirus vielleicht gestoppt werden können. Andererseits ist es der US-Regierung offensichtlich auch nicht gelungen, eine schlüssige Politik zur Eindämmung der Krise zu formulieren, sodass sie jetzt Sündenböcke braucht. Die wachsende Spannung zwischen den beiden Supermächten ist unheimlich, denn sie macht internationale Zusammenarbeit schwieriger.

Trump wirft der WHO Fehlverhalten vor. Sie habe die Probleme verheimlicht und Partei für China ergriffen. Zur Strafe hat er die US-Beiträge zu ihrer Finanzierung gestrichen. Das ist aus Kritikersicht Teil seiner Jagd auf Sündenböcke. Wer seine Äußerungen in den vergangenen Monaten verfolgt hat, weiß, dass die WHO im Vergleich zu ihm kompetent und kohärent agiert hat.

Unmut über Trumps Entscheidung wurde sofort laut – und zwar in Washington. Lawrence Gostin, Professor für globale Gesundheitspolitik an der dortigen Georgetown University, sagte: „Wenn die WHO nicht mit ganzer Kraft arbeiten kann, wird es sehr viel mehr Tote geben – und zwar nicht nur in Subsahara-Afrika, sondern auch in den USA.“

Der Nationale Rat der zivilgesellschaftlichen Organisationen Guineas (CNOSCG) bezeichnet Trumps Entscheidung als „irrational“. Der Chef der Westafrikanischen Gesundheitsorganisation, Stanley Okolo, warnt, die Länder seiner

Weltregionen könnten bald weniger in der Lage sein, gefährliche Krankheiten wie Polio, HIV/Aids und Malaria zu bekämpfen. Besonders Impfkampagnen werden beeinträchtigt werden.

Okolos Organisation untersteht der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS (Economic Community of West African States), aber die Lage ist auch



Unterfinanziertes Gesundheitswesen: Untersuchung einer Schwangeren in einem Krankenhaus in Kongo-Brazzaville Jahre vor der Pandemie.

in anderen afrikanischen Regionen ernst. Südafrikas Außenministerium teilte mit, es sei alarmierend, „dass diese Entscheidung mitten in einer globalen Krise gefallen ist, in der die WHO mit aller Energie den Kampf gegen die tödliche Covid-19-Pandemie unterstützen muss“.

Wir wissen seit langem, dass es den nationalen Gesundheitswesen südlich der Sahara selbst in normalen Zeiten allenthalben an Mitteln fehlt (siehe Schwerpunkt im E+Z/D+c e-Paper 2020/02). Zwar bekommen sie Unterstützung von Institutionen

wie der Bill & Melinda Gates Foundation, der Weltbank und bilateralen Gebern. Diese werden aber die Schwächung der WHO nicht ausgleichen.

Der Journalist Omar Dieng aus Dakar urteilt: „Trump unterminiert die WHO und ihre Programme.“ Er fragt sich, ob es eine Rolle spiele, dass WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus Äthiopier ist. Dieng glaubt nicht, dass das Weiße Haus einem Spitzenmann aus den USA das Geld gestrichen hätte. Dieng hält es für richtig, Schwachpunkte der WHO zu kritisieren, aber in der aktuellen Krise dürfe die multilaterale Institution nicht geschwächt, sondern müsse gestärkt werden.

Bislang hat Covid-19 in Afrika noch vergleichsweise wenig Menschenleben gefordert, aber das kann sich noch ändern. Fest steht, dass der Kontinent schon riesige Gesundheitsprobleme hatte, bevor die Pandemie begann. Aus afrikanischer Sicht ist die WHO unverzichtbar.



KARIM OKANLA
ist Mediendozent und
freiberuflicher Autor in Benin.

karimokanla@yahoo.com

18. MAI 2020

Globale Lösungen erforderlich

Corona besiegen wir nur weltweit oder gar nicht. Das ist die Position von Gerd Müller, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Von Gerd Müller

Das Ausmaß der derzeitigen Krise ist dramatisch – nicht nur in Deutschland und Europa. Entwicklungs- und Schwellenländer trifft es am härtesten. Erneut erleben wir, dass weltweite Probleme weltweite Lösungen erfordern. Es liegt in unserem eigenen Interesse, das Virus weltweit zu bekämpfen. Zum einen weil es unsere humanitäre Pflicht ist zu helfen, zum anderen weil das Virus sonst zu uns zurückkommt. Unser Blick muss daher über Deutschland und Europa hinausgehen. Es gibt viel zu tun:

- 4,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu angemessener Sanitärversorgung. Deswegen ist die Ansteckungsgefahr in vielen Entwicklungsländern dreimal höher als bei uns.
- Entwicklungsländer verfügen nur über eine geringe Zahl an Laboren, Notfallbetten und Beatmungsgeräten.
- Besonders prekär ist die Lage in Ballungsgebieten, Slums und den überfüllten Flüchtlingslagern.

Zusätzlich zu den gesundheitlichen Auswirkungen sind die Entwicklungsländer wirtschaftlich betroffen von Ausgangssperren, die von den Regierungen verhängt wurden, durch den plötzlichen Stillstand der Weltwirtschaft und den Zusammenbruch von Lieferketten, von denen viele in Afrika, Asien oder Lateinamerika ihren Startpunkt haben. Länder ohne oder mit nur unzureichenden sozialen Sicherungssystemen, insbesondere in Afrika, spüren jetzt gravierende Folgen.

- Durch den Zusammenbruch globaler Lieferketten stehen Millionen Menschen vor dem Nichts.
- Die Staatseinnahmen sinken dramatisch um 20 bis 30 Prozent.
- Kapital in Höhe von fast 100 Milliarden Dollar wurde bereits aus den Entwicklungs- und Schwellenländern abgezogen.

• 20 Millionen Arbeitsplätze gehen allein im Tourismusbereich verloren. In Bangladesch mussten zeitweise 4000 Textilfabriken schließen, in denen sonst 4 Millionen Menschen arbeiten.

Wir müssen die Pandemie und ihre sozialen und wirtschaftlichen Folgen weltweit wirksam bekämpfen. Dazu müssen die



Coronatest in der nigerianischen Metropole Lagos.

Testkapazitäten und die Verfügbarkeit von Beatmungsgeräten und Schutzausrüstung verbessert und nationale Gesundheitssysteme gestärkt werden. Darüber hinaus dürfen wir aber auch nicht unseren Kampf gegen andere Krankheiten wie AIDS, Malaria und Tuberkulose aus den Augen verlieren.

Und wir müssen unsere Partner unterstützen, indem wir die wirtschaftlichen Folgen abmildern. Während westliche Länder milliardenschwere Hilfspakete für ihre Wirtschaft aufgesetzt haben, werden Entwicklungsländer von ihrer Schuldenlast erdrückt. Unsere Anstrengungen zur Erzielung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs), insbesondere SDG 1 und 2, sind gefährdet.

Und, um es mit den Worten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu

sagen: „Wir können nicht einfach zu dem Zustand vor Covid-19 zurückkehren, in dem unsere Gesellschaften unnötig krisenanfällig waren. Wir müssen gestärkt daraus hervorgehen.“ Wir müssen Globalisierung neu gestalten und sicherstellen, dass diese Gesundheitskrise nicht unsere Anstrengungen zur Erreichung der 2030 Agenda und Bekämpfung des Klimawandels beeinträchtigt.

Aus diesem Grund sind wir vorangegangen: Durch Umstrukturierungen im BMZ-Haushalt finanzieren wir 2020 ein „Corona-Sofortprogramm“ für eine Milliarde Euro. Wir verstärken unser Engagement in sieben Bereichen:

1. Gesundheit und Pandemiebekämpfung
2. Ernährungssicherung, Grundversorgung zur Verhinderung von Hungerkatastrophen
3. Stabilisierung von Flüchtlings- und Krisenregionen
4. Soziale Sicherung, Sicherung von Arbeitsplätzen in globalen Lieferketten
5. Absicherung von Unternehmen in Sektoren wie Textil und Tourismus
6. Liquidität von Staaten sichern
7. Internationale Zusammenarbeit

Covid-19 ist auch ein globaler Weckruf zur internationalen Zusammenarbeit und Solidarität. Wir müssen unsere Kräfte bündeln und eine gemeinsame Antwort unter der Führung der Vereinten Nationen geben.

Die Covid-Krise ist auch ein Härtestest für den Multilateralismus. Das Schuldenermoratorium der G20 und des Pariser Clubs (einschließlich China) für die ärmsten Länder ist ein ermutigendes Signal. Dennoch dürfen wir uns – angesichts der weltweiten Herausforderung – damit nicht zufrieden geben. Diesen Kampf gewinnen wir entweder gemeinsam weltweit oder gar nicht.

LINK

BMZ, 2020: Corona-Sofortprogramm. Corona besiegen wir nur weltweit oder gar nicht. 23.04. 2020, Berlin.

http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/bmz_corona_paket.pdf



GERD MÜLLER
ist Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
www.bmz.de

14. MAI 2020

Schuldenerlass für die ärmsten Länder

In den hochverschuldeten ärmsten Ländern der Welt ist ein Schuldenerlass zur Bewältigung der Coronakrise notwendig. Die bisher gewährten Finanzmittel und die beschlossene Aussetzung von Schuldendienstzahlungen reichen nicht.

Von Kathrin Berensmann

Schon vor der Krise waren laut Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank etwa die Hälfte der Nied-

rund 160 Milliarden Dollar für Entwicklungs- und Schwellenländer anbieten (Weltbank 2020). Für die ärmsten Länder stellt der IWF über die Rapid Credit Facility zinslose Kredite in Höhe von rund 10 Milliarden Dollar bereit.

Das reicht aber nicht aus, weil die Länder trotzdem noch über zu wenig Liquidität verfügen und die Kredite – auch konzessionäre – die Verschuldung weiter erhöhen.

Alle bilateralen öffentlichen Gläubiger haben einer Aussetzung von Schulden-

wendig ist aber ein umfangreicherer Schuldenerlass. Auch der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller befürwortet in seinem „Corona-Sofortprogramm“ einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder (BMZ 2020).

Damit sich einzelne Gläubiger nicht auf Kosten anderer Gläubiger bereichern, sollten alle öffentlichen und privaten Gläubiger sich gleichermaßen an Schuldenerlassen beteiligen, und sie sollten ihre Kreditverträge öffentlich zugänglich machen (Berensmann 2020). Zudem sollten nur hochverschuldete Länder einen Schuldenerlass bekommen. Dafür könnten Schuldengrenzen vereinbart werden.

Ein Schuldenerlass allein bearbeitet allerdings nur die Symptome, nicht die Ursachen einer hohen Verschuldung. Er sollte daher an Bedingungen geknüpft werden wie die Verwendung der Mittel für armutsreduzierende Maßnahmen, den Aufbau von Infrastruktur oder die Verbesserung des Schuldenmanagements.

Darüber hinaus sollten die Gläubiger eine verantwortliche Kreditvergabe verfolgen. Ein Grund für die hohe Verschuldung waren Kredite zu Marktbedingungen an Niedrigeinkommensländer. Zwischen 2007 und 2016 hat sich der Anteil der Verschuldung zu Marktkonditionen an der öffentlichen Gesamtverschuldung verdoppelt. 2016 lag er laut IWF in Niedrigeinkommensländern bei 46 Prozent. Damit tragen die Gläubiger und Schuldner die Verantwortung für die Lösung der Verschuldungskrise gemeinsam.



Die Coronakrise stellt eine gemeinsame Verantwortung dar. Graffiti in Kenias Hauptstadt Nairobi.

rigeinkommensländer hoch verschuldet. Infolge der Corona-Pandemie werden sich noch mehr arme Länder hoch verschulden. Alleine können sie die Situation nicht bewältigen, denn sie verfügen nur über geringe öffentliche Einnahmen (siehe Stefanie Rauscher im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2018/01).

Die internationale Gemeinschaft hat umfangreiche Finanzmittel bereitgestellt, zum Teil konzessionär, etwa in der Form subventionierter Kredite. Die Weltbank wird in den nächsten 15 Monaten beispielsweise

dienstzahlungen für die ärmsten Länder von Mai bis Dezember 2020 zugestimmt. Während damit kurzfristig zwar mehr Finanzmittel zur Bewältigung der Coronakrise bereitstehen, werden die Rückzahlungen nur in die Zukunft verschoben.

In dieser prekären Lage ist ein Schuldenerlass für Entwicklungsländer die einzige Lösung. Der IWF hat sein Instrument für Schuldendienstentlastungen – den Catastrophe Containment and Relief Trust – reformiert, sodass nun mehr Länder kurzfristig und gleichzeitig davon profitieren können. Not-

LINKS

- Berensmann, K., 2020: So reagieren die Internationalen Finanzinstitutionen auf die Pandemie. Bonn, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Die aktuelle Kolumne vom 30.04.2020.
<https://www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/so-reagieren-die-internationalen-finanzinstitutionen-auf-die-pandemie/>
- BMZ, 2020: Corona-Sofortprogramm. Corona besiegen wir nur weltweit oder gar nicht. 23.04.2020, Berlin.
http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/bmz_corona_paket.pdf



KATHRIN BERENSMANN ist Senior Researcher und Projektleiterin beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE).

kathrin.berensmann@die-gdi.de



#Masks4AllMalawi hat bereits über 3 Millionen Masken hergestellt.

11. MAI 2020

Masken für alle Malawier

Da das Coronavirus weiterhin weltweit wütet, besteht allorts ein massiver Mangel an Mundschutzmasken. Dies hat Menschen auf der ganzen Welt – so auch in Malawi – motiviert, eigene Masken zu nähen.

Von Rabson Kondowe

Eine Armee von Freiwilligen in ganz Malawi ist damit beschäftigt, Masken aus vor Ort verfügbaren Materialien wie Baumwolle, Kleidung und anderen Stoffstücken zu nähen. Diese gemeinnützige Kampagne läuft unter dem Namen #Masks4AllMalawi.

Bisher wurden über 3 Millionen Masken hergestellt und die Freiwilligen schaffen es mittlerweile, eine halbe Million Masken pro Woche zu produzieren. Diese werden an möglichst viele Menschen im ganzen Land kostenlos verteilt.

Bei den Gesichtsmasken handelt es sich nicht um Atemschutzmasken medizinischer Qualität oder im N95-Standard, die Partikel wie das Coronavirus filtern und einem US-Standard entsprechen. Selbstgemachte Masken wurden jedoch vom Gesundheitsministerium Malawis zugelassen,

da medizinische Masken derzeit knapp sind.

Es gibt eine Debatte über die Wirksamkeit der Stoffmasken. Sie sollen nicht die Person, die sie trägt, vor einer Infektion schützen, sondern die Menschen um sie herum. Doktor Gama Petulo Bandawe, der leitende Virologe der #Masks4AllMalawi-Kampagne, sagt, dass es der öffentlichen Gesundheit dient, wenn alle Masken tragen. Das würde das Virus eindämmen, auch wenn es dazu bislang keine gesicherten wissenschaftlichen Daten gibt.

#Masks4AllMalawi wird vom internationalen Netzwerk Hestian Project unterstützt, einem Programm, das normalerweise die Verwendung von saubereren Kochherden fördert, um Luftverunreinigung in den Haushalten zu reduzieren. Conor Fox, einer der Organisatoren der Kampagne und Mitbegründer des Hestian Project, sagte, dass die Masken über verschiedene Kanäle verteilt werden, unter anderem über das Netzwerk von 3000 Herdproduzenten in 200 Dörfern, das über 3,5 Millionen Malawier erreicht.

„Wir sind eine Gruppe von über 40 Beratern, Experten und Freiwilligen, darunter

Epidemiologen und Virologen, die versuchen, den Menschen in Malawi zu helfen, schnell auf das Coronavirus reagieren zu können“, erklärt Fox. Das Hestian Project hat eine halbe Million Euro an Spenden für das Maskenprojekt gesammelt.

Malawi verzeichnet derzeit 56 Covid-19 Fälle und drei Todesfälle. Im April kündigte die malawische Regierung eine 21-tägige Ausgangssperre an, die vom Obersten Gerichtshof gestoppt wurde (siehe Raphael Mweninguwe im Covid-19-Tagebuch in E+Z/D+C e-Paper 2020/05). Die Richter trugen den Sorgen der Kleinhändler Rechnung, die befürchteten, ihre Existenzgrundlage zu verlieren. Die Bürgerinnen und Bürger werden nun aufgefordert und nicht verpflichtet, so zu handeln, dass die Ausbreitung von Covid-19 verhindert wird.

Etwa 90 Prozent der Malawier arbeiten im informellen Sektor, was bedeutet, dass viele Menschen von der Hand in den Mund leben. Eine Ausgangssperre würde die Ernährungssicherheit der Armen stark gefährden.

LINK

#Masks4AllMalawi:

<https://www.masks4allmalawi.org>



RABSON KONDOWE ist ein Journalist aus Blantyre, Malawi.

kondowerabie@gmail.com

7. MAI 2020

Spaltende Pandemie-Reaktion

In seiner Reaktion auf Covid-19 zeigt sich die Wissenschaftsverachtung von Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro. Es passt zu seinem Muster der Klimaverweigerung und aggressiven Desinformation. Der Rücktritt seines Justizministers Sergio Moro hat Bolsonaros Macht geschwächt.

Von Gilberto Scofield Jr.

Bolsonaro lehnt nachweislich ab, dass menschliches Handeln für die Klimaerwärmung verantwortlich ist, und weigert sich, die Entwaldung im Amazonasgebiet als eine der Ursachen anzuerkennen. Jetzt vertritt er eine ähnliche Haltung angesichts einer der schlimmsten Pandemien, die die Menschheit seit einem Jahrhundert gesehen hat. Die Folge ist, dass Desinformation töten kann.

Seit Beginn der Krise verhält sich Bolsonaro gegensätzlich zu wissenschaftlichen Empfehlungen. In den Augen des Präsidenten, der die Krankheit mit einer „Erkältung“ oder „kleinen Grippe“ vergleicht, hat das Fortbestehen der Wirtschaft oberste Priorität. Er missachtet die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation WHO, die Abstandsregeln und Zuhausebleiben fordert, weil die Gesundheitssysteme es nicht leisten können, Millionen erkrankter Patienten gleichzeitig zu behandeln. Seine Rhetorik legt nahe, dass Vorsicht angesichts einer Infektionskrankheit unmännlich ist.

Bolsonaro hat in mehreren Ansprachen versucht, die Auswirkungen der Pandemie zu verharmlosen. Die Leute nennen das „Fehlinfodemie“. Glücklicherweise ist Brasilien wie die USA oder Deutschland eine föderale Republik. Die Gouverneure der Bundesstaaten haben beträchtliche Macht und reagieren verantwortungsbewusster als der Präsident. Ihre Ausgangsbeschränkungen wurden zudem von Bundesgesundheitsminister Luiz Henrique Mandetta unterstützt – bis Bolsonaro ihn am 16. April entließ. Während die Beliebtheit der Gouverneure und Mandettas in Meinungsumfragen stieg, ist die von Bolsonaro gesunken. Inmitten einer globalen Pandemie ziehen die Brasi-

lianer überwiegend den wissenschaftlichen Rat der populistischen Agitation vor.

Bolsonaro hat neben Mandetta noch andere Kabinettsmitglieder verloren. Ende April trat Sergio Moro, Minister für Justiz und öffentliche Sicherheit, zurück und beschuldigte den Präsidenten, die Polizeiarbeit auf verfassungswidrige Weise steuern zu wollen. Hintergrund war, dass Bolsonaro einen neuen Polizeipräsidenten ernennen

fodemie des Präsidenten. Auch Politologen sind verwirrt. Der Mitautor des Bestsellers „Wie Demokratien sterben“, Steven Levitsky, erklärte: „Ich kann nicht sagen, ob die Entscheidung Bolsonaros, den einstimmigen Einschätzungen der wissenschaftlichen Gemeinschaft nicht zuzuhören, politisches Kalkül oder ein gewaltiger Fehler ist. Aber es ist erschreckend, wie ein politischer Führer das Leben von – im schlimmsten Fall – Tausenden seiner Bürger in Gefahr bringt.“

Weltweit verfolgen Rechtspopulisten, die an der Macht sind, derzeit einen von zwei Ansätzen. Einige, wie Narendra Modi in Indien oder Victor Orbán in Ungarn, nutzen die Pandemie, um ihre Macht auszu-



Präsident Bolsonaro (rechts) hatte die Expertenmeinung von Gesundheitsminister Mandetta satt. Dieses Bild wurde vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie im Sommer 2019 aufgenommen.

wollte. Stattdessen führt die Polizei nun Korruptionsermittlungen gegen Bolsonaros Familie durch. Moro war vielleicht das wichtigste Kabinettsmitglied. Vor seinem Amtsantritt hatte er als Richter den ehemaligen Präsidenten Lula da Silva wegen Bestechung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Obwohl der Fall Lula umstritten ist, genießt Moro den Ruf, sich für den Rechtsstaat einzusetzen, wovon Bolsonaro profitierte. Um ein Amtsenthebungsverfahren zu vermeiden, muss der Präsident jetzt neue Verbündete im brasilianischen Kongress finden.

Medizinische Behörden aus Brasilien und dem Ausland missbilligen die Fehl-

bauen. Andere, wie Bolsonaro oder US-Präsident Donald Trump, verharmlosen diese Krise der öffentlichen Gesundheit. Keiner der Ansätze dient ihren jeweiligen Nationen. Spaltungen zu schüren nützt nichts. Wir brauchen jetzt eine effektive und konstruktive Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg, um so viele Leben wie möglich zu retten.



GILBERTO SCOFIELD JR.
ist Direktor von Agência Lupa, der größten Faktenprüfungs-Agentur Brasiliens.
gilberto.scofield@lupa.news

5. MAI 2020

Sozialtransfers stabilisieren Konsumnachfrage

In der Covid-19-Krise sollten Staaten ein bedingungsloses Grundeinkommen testen. So könnten sie einerseits Armut vorbeugen und andererseits die Wirtschaft stabilisieren.

Von Markus Loewe

Im Covid-19-Abschwung verlieren Wohlhabende einen Teil ihres Vermögens und ihres Einkommens. Für Arme stellen dagegen Jobverlust oder die Verunmöglichung informeller Erwerbstätigkeit die wirtschaftliche Existenz in Frage. Die aktuelle Krise droht Erfolge im jahrelangen Kampf gegen die Armut mit einem Schlag zunichtezumachen.

Hunderterte Millionen Menschen werden wieder unter die Armutsgrenze sinken – und dort lange bleiben. Denn um das blanke Überleben zu sichern, müssen sie Kredite aufnehmen, mit deren Rückzahlung sie lange kämpfen werden. Sie werden Land, Vieh und andere Produktionsmittel verkaufen und so ihre bisherigen Einkommensquellen zerstören. Sie werden auch desaströse Jobs in Bergbau, chemischer Produktion und Prostitution akzeptieren und damit ihre Gesundheit und ihre zukünftige Produktivität zerstören. Und sie werden ihre Kinder aus der Schule nehmen, damit sie etwas dazuverdienen, was aber ihre künftigen Verdienstchancen dramatisch reduziert.

Maßnahmen zur Abfederung der Folgen von Covid-19 müssen deshalb nicht nur Unternehmen retten, sondern unbedingt auch den Armen zugutekommen. Die Vermarmung breiter Schichten muss verhindert werden. Die verheerenden Folgen sind sonst der rapide Verfall der Kaufkraft, Mangel- und Unterernährung bis hin zum Verhungern und der Destabilisierung von Gesellschaft und Politik.

So schnell und wo immer möglich sollten die Armen Sozialtransfers erhalten. Die Transfers können temporär oder auch einmalig ausgezahlt werden. Sie sollten aber pro Haushalt mindestens einem halben Jah-

resmindestlohn entsprechen – und wenn die Krise länger anhält, auch mehr.

Aktuell gibt es dabei zum temporären bedingungslosen Grundeinkommen keine sinnvolle Alternative, wobei nur Staatsbedienstete, die ihre Arbeit fast überall auf der Welt behalten, ausgeschlossen werden sollten. Bedürftigkeitsprüfungen dauern zu lange, also ist eine Beschränkung auf die ärmsten Bevölkerungsgruppen jetzt nicht möglich. Transfers können auch nicht an

gen. Zahlreiche Länder bewegen sich aber bereits in diese Richtung. Sie haben bestehende Sozialtransferprogramme aufgestockt oder ausgeweitet (wie etwa Ägypten, Brasilien, Indonesien und Kolumbien) oder neue geschaffen (zum Beispiel Argentinien, Bolivien und die Türkei).

Das universelle Grundeinkommen wäre obendrein wirtschaftspolitisch sinnvoll. Es würde die Konsumnachfrage stabilisieren und somit den konjunkturellen Abschwung bremsen. So manches Kleinunternehmen würde so gerettet.

Wenn Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen diesen Schritt tun wollen, sollten sie großzügig unterstützt werden. Tatsächlich haben Länder mit hohem Einkommen ein Eigeninteresse an der Erhaltung der Kaufkraft in ärmeren Gesellschaften, denn es gilt, sekundäre Faktoren einer globalen Rezession abzufedern und Länder



Ausgangssperren blockieren informelle Erwerbstätigkeit: mobiler Teestand in Kairo im Herbst 2019.

Arbeitsleistung geknüpft werden, denn öffentliche Bauprojekte und ähnliche Vorhaben stehen derzeit still. Eine gewisse Bezugsbeschränkung ließe sich allenfalls dadurch erreichen, dass das Grundeinkommen auf Sozialämtern zu beantragen ist, was wohlhabendere Personen abschrecken dürfte.

Die Auszahlung von bedingungslosen Grundeinkommen wäre selbstverständlich ein großer Schritt ins Unbekannte und würde vielen Regierungen viel Mut abverlan-

politisch zu stabilisieren. Durch die Finanzierung temporärer, universeller Grundeinkommen könnte Europa zeigen, dass ihm das globale Gemeinwohl aller Menschen tatsächlich am Herzen liegt.



MARKUS LOEWE
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Deutschen
Institut für Entwicklungspolitik
in Bonn.

markus.loewe@die-gdi.de

1. MAI 2020

Geschlechtsspezifische Auswirkungen von Covid-19

Die Covid-19-Krise trifft Frauen und Mädchen besonders. Laut einer OECD-Studie könnte das das Erreichen geschlechtsspezifischer UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) behindern. Regierungen sollten ihre Politik anpassen.

Von Monika Hellstern

Die Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD) nennt drei Hauptgründe dafür, dass Frauen stärker von der Pandemie betroffen sind als Männer:

- Häufig kümmern sie sich neben ihrer unbezahlten Hausarbeit auch um Kinder und kranke Familienmitglieder. Diese Aufgaben bleiben während der Ausgangssperren bestehen und werden sogar belastender.
- Frauen leiden wirtschaftlich eher, weil ihre Einkommen und Arbeitsplätze unsicherer sind.
- Mehr Frauen erleiden wegen der Ausgangsbeschränkungen häusliche Gewalt.

Das Gesundheitswesen ist in seiner Reaktion auf Covid-19 stark von Frauen abhängig. Weltweit machen Frauen laut OECD fast 70 Prozent der Beschäftigten im

Gesundheitswesen und etwa 85 Prozent der Krankenschwestern und Hebammen aus. Es ist daher wahrscheinlicher, dass Frauen sich infizieren, da sie Patienten behandeln.

Zudem arbeiten Frauen zu Hause eine „zweite Schicht“. Laut OECD verbringen sie etwa zwei Stunden pro Tag mehr mit unbezahlter Arbeit als Männer. Wenn Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen schließen und Menschen zu Hause bleiben, nehmen die Belastungen durch Kinderbetreuung und Hausarbeit für Frauen zu.

Der Studie zufolge sind die Arbeitsplätze von Frauen häufig weniger sicher als die von Männern. In Entwicklungsländern arbeiten viele Frauen im informellen Sektor ohne sozialen und rechtlichen Schutz. Viele informelle Aktivitäten finden auf der Straße statt und sind zuzweit nicht möglich.

Zudem sind einige Branchen, die überwiegend Frauen beschäftigen, stärker betroffen. So sind beispielsweise drei Viertel der Beschäftigten in der Bekleidungsindustrie Frauen – bis zu 85 Prozent in Bangladesch. Sie verlieren ihr Einkommen, wenn Fabriken und Geschäfte schließen.

Im Durchschnitt sind Einkommen und Vermögen von Frauen niedriger als von Männern. Daher kann ein krisenbedingter Einkommensverlust Frauenarmut steigern.

Gewalt gegen Frauen nimmt während der Krise zu. Da öffentliche Räume geschlossen sind und Menschen zu Hause bleiben sollen oder müssen, haben Frauen und Kinder es schwerer, gefährlichen Situationen zu entkommen. Frauen haben oft keinen Zugang zu rechtlichem Beistand. Ausgangssperren verschärfen dieses Problem noch.

Die OECD empfiehlt:

- Regierungen sollten Eltern, die systemkritische Arbeit leisten, unterstützen, zum Beispiel durch öffentliche Kinderbetreuung, direkte finanzielle Unterstützung oder die Förderung flexibler Arbeitszeiten.
- Regierungen sollten Arbeitnehmer unterstützen, die ihren Arbeitsplatz verlieren könnten. Der Zugang zu Arbeitslosengeld und anderen Sozialtransfers sollte erleichtert werden. Bedürftigen könnten Einmalzahlungen gewährt werden. Zwangsräumungen von Wohnungen und Zahlungen für Hypotheken sollten ausgesetzt werden.
- Regierungen sollten die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt unterstützen. Sie sollten Schutzdienste zur Verfügung stellen und das Bewusstsein dafür schärfen, dass Missbrauch inakzeptabel ist.

Laut OECD braucht es geschlechtsspezifische Daten und Forschung. Zwar sei die öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) für die Reaktion auf die Pandemie wichtig, in der Hilfe im Gesundheitssektor werde die Geschlechterungleichheit jedoch häufig nicht angemessen berücksichtigt. Die OECD fordert Geber auf, mit lokalen Frauenrechtsorganisationen und -bewegungen zusammenzuarbeiten.

Die Organisation prognostiziert einen Anstieg der Frauenarmut, der Müttersterblichkeit sowie der Jugendschwangerschaften und damit verbundenen Schulabbrüchen. Covid-19 gefährdet damit die Erreichung geschlechtsspezifischer SDGs.



Mitarbeiterinnen einer Textilfabrik in Dhaka, der Hauptstadt Bangladeschs, wurden nach Betriebsschließung nach Hause geschickt.

LINK

OECD, 2020: Women at the core of the fight against COVID-19 crisis.
https://read.oecd-ilibrary.org/view/?ref=127_127000-awfnqj80me&title=Women-at-the-core-of-the-fight-against-COVID-19-crisis



MONIKA HELLSTERN ist Social-Media-Redakteurin bei E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu



www.eundz.eu

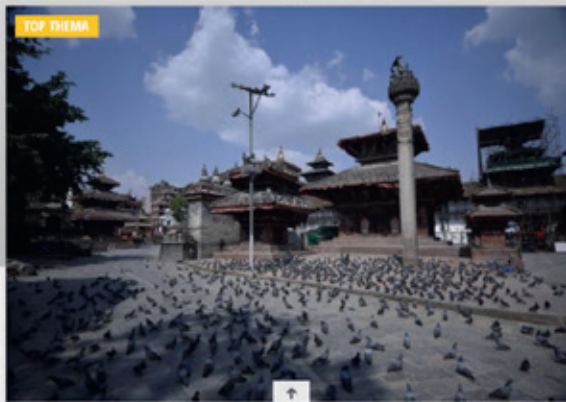
E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
Startseite

Startseite Newsletter E+Z abonnieren Über uns Impressum English

DOSSIERS THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

HARD-HIT COUNTRY
Resilience tested once again



Aktuelles e-Paper



WASSERKRISE
27.05.2020 – von Sabine Balk
Lebenselixier
Die Wasserversorgung ist in vielen Ländern durch die Klimakrise und



WASSERKRISE
26.05.2020 – von Katja Czochman
Privatisiert und ausgetrocknet
Chile leidet wegen der Klimakrise unter dramatischem Wassermangel



DOSSIER DES MONATS
DEMOGRAFISCHE TRENDS